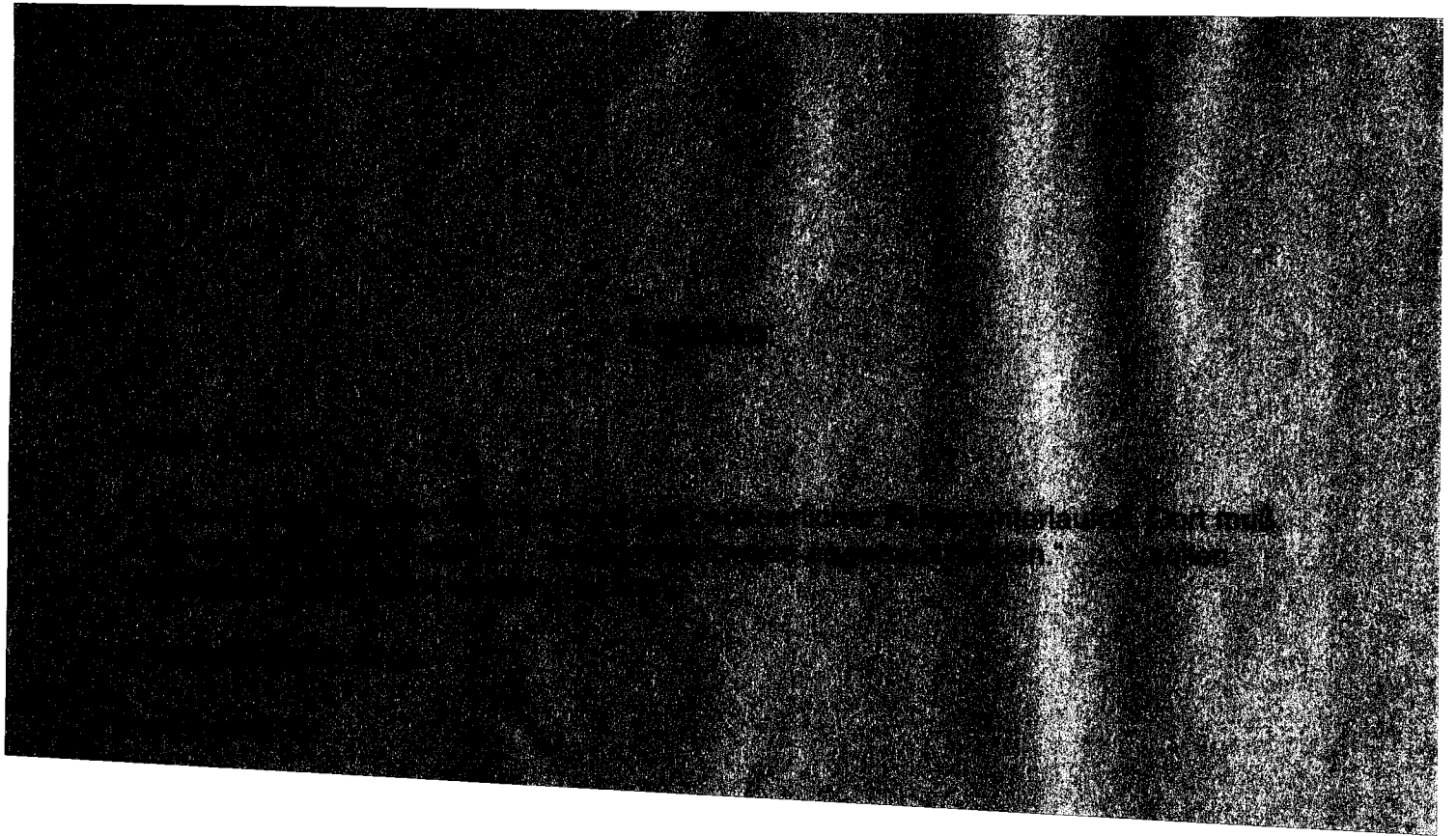


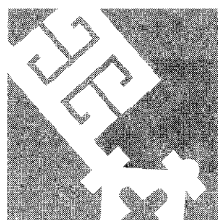
**BREMEN
PLAN
DER SPD
FÜR DIE JAHRE
1995-1999.**

**FÜR BREMEN &
BREMERHAVEN
KLARE
VERHÄLTNISS**

SPD

C 95 - 00605





Der Bremen-Plan der SPD für die Jahre 1995-99

- I. Sparen und in die Zukunft investieren.....S. 4
- II. Beschäftigungssicherung und
Modernisierung von Wirtschaft und Staat.....S. 6
- III. Soziale Sicherheit, Wohnraum und
Zukunftschancen für alleS. 18
- IV. Gleichstellungspolitik.....S. 27
- V. Ökologische ZukunftsgestaltungS. 28
- VI. Innere Sicherheit und Verfassung.....S. 33
- VII. Stärkung der demokratischen Kultur.....S. 35



C 95 - 00605



Vorwort

1. Wir befinden uns in einer Zeit einschneidender, weltweiter Umbrüche. Dramatische Veränderungen und wachsendes Wissen über weltweite Zusammenhänge und über die Notwendigkeit der politischen und wirtschaftlichen Integration Europas lassen Regionen enger aneinanderrücken

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, von Politiker/innen Orientierung und Verantwortung für das Gemeinwohl. Nur politisch verantwortliches Handeln auf allen Ebenen kann sicherstellen, daß es eine erstrebenswerte Zukunft für die Menschen gibt.

Die Bremer SPD wird hierzu weiterhin ihren Beitrag leisten und präsentiert mit diesem Programm ihre Vorstellungen zur Gestaltung der Bremer Regierungspolitik in den nächsten Jahren.

*Wir garantieren
politisch
verantwortliches
Handeln*

2. Das Land Bremen mit seinen beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven steht vor der großen Aufgabe, das Sanierungsprogramm, das von einem breiten Konsens in unserem Land getragen wird, umzusetzen und damit die Zukunft des Landes zu sichern.

Das Sanierungsprogramm stellt uns zwei Aufgaben: Konsolidieren und Investieren. In der vor uns liegenden Legislaturperiode müssen wir davon die in der Sanierungsvereinbarung mit dem Bund eingegangenen Verpflichtungen erfüllen, die programmgemäße Verwendung der Hilfen nachweisen und damit das große Zukunftsprojekt für unser Land erfolgreich gestalten.

*Zukunft
erfolgreich
gestalten*

3. Bremen hat seine berechtigten Forderungen im bundesstaatlichen Finanzausgleich durchgesetzt und in schwierigen Verhandlungen Ausgleichszahlungen in Höhe von insgesamt 9,7 Milliarden DM erreicht. Diese massive finanzielle Unterstützung soll dazu genutzt werden, die extrem hohe Verschuldung unseres Landes auf ein erträgliches Maß abzusenken. Mit dem Investitionssonderprogramm werden wir die Rahmenbedingungen für ein qualitatives Wirtschaftswachstum schaffen, um die Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes und seiner beiden Gemeinden zu stärken. Allein von 1996 bis 1999 wollen wir im Rahmen dieses Investitionssonderprogramms insgesamt 1,6 Milliarden DM für Zukunftsinvestitionen ausgeben.

*Wirtschaft
und Finanzkraft
stärken*

4. Bremen hat sich durch die Sanierungsvereinbarung auch verpflichtet, das Wachstum der bremischen Staatsausgaben auf zur Zeit 3 % pro Jahr zu begrenzen. Dies ist der Eigenbeitrag Bremens zur Sanierung seines Haushalts. Nur mit einer strikten Ausgabenbegrenzung kann eine erneute Haushaltsnotlage verhindert werden. Ausgabendisziplin und Erhöhung der Deckungsquote werden Richt-

*Eigenbeitrag
zur Sanierung*

schnur der Finanzpolitik im Sanierungszeitraum sein. Nur dann wird es gelingen, die Nettokreditaufnahme zu begrenzen und die Zinssteuerquote zu senken und zu stabilisieren.

Angesichts der großen Ausgabenblöcke wie Personalkosten und Sozialhilfeleistungen, wird es nicht leicht sein, die gesteckten Ziele zu erreichen, besonders da die Bundesregierung immer mehr Belastungen auf Länder und Gemeinden abwälzt. Deshalb müssen neben Einschränkungen im Staatsapparat alle Einnahmequellen und der Umfang staatlicher Dienstleistungen überprüft werden, um Arbeitsabläufe in der Verwaltung effektiver zu gestalten. Neue Dienstleistungsangebote können nur dann zugesagt werden, wenn gleichzeitig an anderer Stelle Ausgaben reduziert werden. Wir sagen das deutlich, denn unsere Finanzpolitik soll glaubwürdig bleiben.

*Soziale
Gerechtigkeit
wahren*

5.

Wir werden uns aber trotz aller Haushaltsnotlage weiterhin für die Schwächsten unserer Gesellschaft einsetzen und auf sie unsere knappen Finanzmittel konzentrieren. Die SPD bleibt die Partei der sozialen Sicherheit. Wir wollen bezahlbaren Wohnraum für alle und gute Zukunftschancen für unsere Kinder und Enkel. Wir halten bei allen Kosteneinsparungen und Überprüfungen von Standards am Prinzip der sozialen Gerechtigkeit fest.

*Aktive
Gleichstellungspolitik*

6.

Gleichstellungspolitik ist und bleibt ein wichtiger Eckpunkt unserer Arbeit. Sie ist für uns engagierte und parteiergreifende Politik für Frauen. Wir treten ein für eine Gleichstellung der Frauen in der Arbeitswelt, in der Familie und in der Gesellschaft. Gewalt gegen Frauen werden wir entschieden bekämpfen.

7.

Wir handeln aus der Erkenntnis heraus, daß es eine gesicherte Zukunft für die Menschheit nur geben wird, wenn Arbeiten und Leben im Einklang mit der Natur organisiert wird. Wir wollen durch lokales Handeln in Bremen und Bremerhaven zur Verbesserung auch der globalen Umweltsituation beitragen.

*Industrielle
Kerne sichern*

8.

Bremen und Bremerhaven müssen sich als traditionsreiche und zukunftsorientierte Drehscheiben des internationalen Handels besonders auf die globalen Wandel einstellen. Sie müssen sich in weltweiter Konkurrenz als Wirtschaftsstandorte und attraktive Zentren großstädtischen Lebens behaupten. Wir setzen uns deshalb für eine aktive Wirtschafts- und Industriepolitik ein. Dazu gehört die Sicherung industrieller Kerne, wie beim Aufbau des Werftenverbundes und bei der Rettung der Stahlwerke Bremen beispielhaft gelungen ist. Diese Politik der Bestandspflege und Sicherung des Erarbeiteten verknüpfen wir mit einer Modernisierungsoffensive für Wirtschaft und Staat.

9. Das Land Bremen wird seine Position in Europa gegen wachsende Konkurrenz nur behaupten können, wenn Bremen und Bremerhaven ihr eigenes Gebiet sowie das niedersächsische Umland als Region gemeinsamer Interessen begreifen und eine Zusammenarbeit zum allseitigen Nutzen anstreben. Wir wollen die bestehenden Kooperationsansätze der gemeinsamen Landesplanung und der Kommunalverbände ausbauen und in diese Einrichtungen mehr Kompetenzen zur regionalen Raumordnung und der gemeinsamen Flächenplanung verlagern.
- Region
gemeinsamer
Interessen*
10. Bremens Entwicklungspolitik hat Freundschaft und Vertrauen bei unseren Partnern gefördert. Mit bescheidenen bremischen Beiträgen konnten beachtliche Erfolge bei der Verbreitung erneuerbarer Energien, dem Aufbau von Bildungs- und Demokratiestrukturen sowie der Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus den Ländern des Südens und Ostens erreicht werden. Globaler Wandel zugunsten einer menschenorientierten nachhaltigen Entwicklung ist ohne Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nicht zu erreichen. Sozialer Ausgleich zwischen Arm und Reich ist der Schlüssel zum Frieden, zur Umweltbewahrung und zur Gestaltung einer lebenswerten Zukunft. Dazu wird die Bremer SPD auch in der kommenden Legislaturperiode beharrlich und verlässlich ihren Beitrag leisten.
- Politik
in globaler
Verantwortung*
11. Das Land Bremen hat viele Aktivposten und kann eine optimistische Zukunftsperspektive entwickeln. Die durch Offenheit und Liberalität geprägte Kultur, die hohe Lebens- und Wohnqualität bei relativ niedrigen Mieten, die Überschaubarkeit und die "kurzen Wege" bei gleichzeitiger großstädtischer Infrastruktur, die Präsenz dynamischer Unternehmen, die gute Forschungslandschaft, die qualifizierte Arbeitnehmerschaft und akzeptable Grundstückspreise machen das Land Bremen für seine Bevölkerung und für Gäste attraktiv.
- Attraktivität
wahren*
12. Die Bremer SPD hat durch ihre langjährige Regierungspolitik bewiesen, daß sie als einzige politische Kraft des Landes zur zuverlässigen Sicherung der Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger in der Lage ist. Wir sind stolz auf die von Wilhelm Kaisen, Willy Dehmkamp, Annemarie Mevissen und Hans Koschnick geprägte soziale und demokratische Tradition und wollen sie mit Klaus Wedemeier weiterhin fortsetzen. Die SPD mit ihm an der Spitze verfügt über die in den nächsten Jahren besonders wichtige wirtschaftliche, soziale und ökologische Kompetenz zur Gestaltung der Zukunft, Umsetzung des Sanierungsprogramms und Sicherung der Selbständigkeit Bremens.
- Erfahrung
und Kompetenz*



I. SPAREN UND IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN

*Sanierungsprogramm
sichert Bremens
Zukunft*

Die Durchsetzung der Ausgleichszahlungen des Bundes und der Länder an Bremen in Höhe von 9,7 Milliarden DM gehört zu den großen Erfolgen der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Lande Bremen. Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, daß die schwierige Situation der öffentlichen Haushalte ihre Ursache in verfassungswidrigen Benachteiligungen Bremens im Länderfinanzausgleich und bei den Bundesergänzungszuweisungen findet und nicht selbst verschuldet ist. Wir müssen uns allerdings den Verpflichtungen zur Sparsamkeit stellen und zugleich die zukunftsgerichtete Verwendung der Hilfen nachweisen. Dem dient das von den Sozialdemokraten aufgelegte Sanierungsprogramm.

1. Bremer Interessen und die Politik der Bundesregierung

*Für eine starke
Stimme im Bund*

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Bremen und Bremerhaven sind entschiedene Vertreter/innen der finanzpolitischen Interessen ihres Landes. Die Bundesregierung von CDU/CSU und FDP hat in der Vergangenheit alles unternommen, die Kosten ihrer Politik auf die Länder und Gemeinden abzuwälzen. Wir brauchen wieder eine sozialdemokratische Alleinregierung im Lande Bremen, um über den Bundesrat gegensteuern zu können.

Es ist die Aufgabe der Bundesregierung, zur Gleichheit der Lebensverhältnisse in Deutschland beizutragen statt die Ungleichheit zu verschärfen. Wir wehren uns entschieden dagegen, die Kosten der Massenarbeitslosigkeit über die Sozialhilfe auf die Gemeinden abzuwälzen und dadurch Krisenregionen weiter zu schwächen. Unser Gegenvorschlag lautet: Der Bund übernimmt die Kosten für die Sozialhilfe, im Gegenzug können die Länder auf Umsatzsteueranteile verzichten. Die Folge wäre eine relative Begünstigung mit größeren Handlungschancen für Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und hohen Aufwendungen für Sozialhilfe.

Eine Reform der Gemeindefinanzen darf nicht dazu führen, daß sich die Einnahmesituation unserer beiden Gemeinden verschlechtert. Wir lehnen deshalb die Pläne der Bundesregierung zur Abschaffung der Gewerbesteuer ab. Nach unserer Überzeugung müssen die Vermeidung von Umweltschäden sowie Energieeinsparungen steuerlich belohnt werden. Bundespolitisch unterstützen wir eine aufkommensneutrale ökologische Steuerreform, die allerdings nicht zu einer Umverteilung zu Lasten von Ländern und Gemeinden führen darf.

2. Unsere finanzpolitische Strategie

Bremen und Bremerhaven stehen vor der schwierigen Aufgabe, in den nächsten Jahren eine extreme Haushaltsnotlage bewältigen zu müssen. Das Land

und die beiden Stadtgemeinden müssen dazu einen Eigenbeitrag leisten, der durch massive Sparmaßnahmen gekennzeichnet ist. Zugleich soll das Investitions Sonderprogramm dazu beitragen, die Wirtschaftsentwicklung und damit auch die Einnahmen des Staates nachhaltig zu verbessern.

Es gibt keine Alternative zu der sehr schwierigen Politik der strikten Ausgabenbegrenzung. Dem Land Bremen ist im Rahmen der Sanierungsvereinbarung mit dem Bund die Pflicht auferlegt worden, das Wachstum der bremischen Staatsausgaben auf die Empfehlungen des Finanzplanungsrats (z. Z. 3% pro Jahr) zu begrenzen. Die jeweiligen Vorgaben des Finanzplanungsrats werden wir einhalten und die für den Sanierungszeitraum vorgesehene Entschuldung leisten. Überdurchschnittliche Kostensteigerungen aufgrund gesetzlicher Vorgaben oder zusätzliche öffentliche Leistungen sind nur realisierbar, wenn gleichzeitig an anderen Stellen Ausgaben reduziert werden. Dabei werden wir das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit befolgen und notwendige Transferleistungen auf die besonders Benachteiligten unserer Gesellschaft konzentrieren. Die Einnahmepolitik (z. B. Gebühren) muß sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger orientieren.

Wir kommen um eine konsequente Überprüfung der Leistungsstandards und um Prioritäten nicht herum. Wir orientieren uns an folgenden Grundsätzen:

- Steigerung der Effektivität der Verwaltung durch Modernisierung
- Ausgliederung von auch weiterhin öffentlich kontrollierten Betriebszweigen aus der Ämterstruktur. Dabei ist die Kontrolle über diese Gesellschaften zu konzentrieren und ein regelmäßiger Bericht vorzulegen
- Stärkung der dezentralen Entscheidungskompetenz durch Verknüpfung von Aufgaben- und Ausgabenverantwortung
- Konzentration von öffentlichen Hilfsmaßnahmen auf besonders bedürftige Empfänger
- Ständige Überprüfung des Leistungsangebots und Setzung von Prioritäten bei der Veränderung einzelner qualitativer Standards
- Festschreibung von öffentlichen Zuschußanteilen und Erhöhung von Einnahmen bei Kosten- und Leistungssteigerungen.
- intensivste, unabhängige Kontrolle bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen; Eindämmung des "Gutachtenunwesens".

3. Investitionen für die Zukunft

Die Sanierungsbeiträge der bundesstaatlichen Solidargemeinschaft schaffen Haushaltsspielräume für Investitionen in einem Umfang, wie sie noch vor kurzem undenkbar gewesen wären. Eine Erhöhung der Investitionsquote und die konsequente Ausrichtung der Investitionsprojekte auf die Verbesserung der Infra- und Wirtschaftsstruktur bilden eine Voraussetzung für die Stärkung der Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven, für ihre stetige Modernisierung und damit für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Folgende Aufgabenfelder sind hier insbesondere herauszustellen:

- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Häfen im Lande Bremen und Anpassung an die veränderten Dienstleistungsanforderungen im Zusammenhang mit der Umschlagstätigkeit
- Ausbau der kommunikationstechnischen Infrastruktur
- Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur in Bremerhaven und Bremen

*Sparen und
Investieren*

*Stärkung
der Wirtschaft -
Für sichere
Arbeitsplätze*

mit dem eindeutigen Ziel der Unterstützung des jeweiligen regionalen wirtschaftsstrukturellen Modernisierungsprozesses

- Erweiterung des Gewerbeflächenangebots, insbesondere in Verbindung mit einer ökologisch notwendigen Flächensanierung und der Revitalisierung von Gewerbebrachen
- Lösung von Verkehrsproblemen mit einer Konzentration auf die Anbindung von Gewerbebeständen und die dadurch erzeugten Verkehre sowie Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs
- Steigerung der Attraktivität der Innenstädte und Nebenzentren
- ökologische Strukturpolitik

Das Grundinvestitionsprogramm (GIP) einschließlich des Wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramms (WAP) und des Investitionssonderprogramms (ISP) im geplanten Umfang von 4,7 Mrd. DM (1994-2004) enthalten hierzu die einzelnen Festlegungen. Hervorzuheben sind die Projekte des Wissenschaftsressorts zur Weiterentwicklung der bremischen FuE-Infrastruktur (Forschung und Entwicklung), die Maßnahmen zur flächenbezogenen Umstrukturierung in Bremen und Bremerhaven, zur umweltbezogenen Strukturpolitik sowie die Verkehrsprojekte, die einen Schwerpunkt für den ÖPNV setzen.

Wir werden unsere Investitionspolitik zur Modernisierung eng mit unserer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sowie mit unserer aktiven Industriepolitik zur Sicherung von Arbeitsplätzen im Lande Bremen verzahnen.



II. BESCHÄFTIGUNGSSICHERUNG UND MODERNISIERUNG VON WIRTSCHAFT UND STAAT

*Wir stehen
für eine aktive
Arbeitsmarktpolitik*

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind nicht bereit, den Skandal der Massenarbeitslosigkeit tatenlos hinzunehmen. Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik im Lande Bremen ist die Sicherung und der Ausbau von Beschäftigung durch ein integriertes regionalpolitisches Konzept, unter Einbeziehung der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehört der Einsatz für den Erhalt der industriellen Basis unseres Landes; der erfolgreiche Kampf um die Rettung des Bremer Stahlwerks und das besondere Engagement von Klaus Wedemeier stehen hierfür. Allerdings ist uns klar, daß wir uns dem schnellen Wandel in der Welt anpassen müssen: es gibt in der Weltmarktkonkurrenz keine Bestandsgarantien und deshalb keine Alternative zu einer Politik der sozial gestalteten Modernisierung. Das zentrale Problem der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Zeit aber läßt sich hiermit nicht lösen: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind derzeit entkoppelt, Wirtschaft und Gewinne steigen an, gleichzeitig werden Arbeitsplätze nicht geschaffen, sondern vernichtet. Mit unserer "Politik für die Arbeit", einer arbeitsplatzschaffenden Gestal-

tung der Wirtschaftsförderung, einer Unterstützung neuer Arbeitszeitkonzepte, einer aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderungspolitik und einer offensiven Weiterbildungs- und Qualifizierungspolitik wollen wir unsere landes- und kommunalpolitische Verpflichtung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfüllen. Die erheblichen Veränderungen in der Wirtschaft können am Staat nicht spurlos vorbeigehen: wir brauchen auch angesichts des Kostendrucks eine konsequente Modernisierung des Staates.

Beschäftigungssicherung und Modernisierung von Wirtschaft und Staat haben ein zentrales Ziel: Arbeit neu schaffen und bestehende Arbeit sichern. Dieses Ziel verfolgen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders mit wirtschaftsstruktur- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, aber auch mit dem notwendigen Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur und der Förderung von zukunftsorientierter Weiterbildung.

4. Aktive Arbeitsmarktpolitik

Es ist vernünftiger, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Wir wollen eine enge Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dabei bleibt die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen am Erwerbsarbeitsmarkt auch unter krisenhaften Bedingungen hervorragendes Ziel für die SPD. Die Programme zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Verbesserung der Wirtschaftsstruktur Bremens müssen deshalb überprüft werden, ob sie die Gleichstellung von Frauen und Männern sichern und Diskriminierung überwinden.

Unser Handlungsprinzip ist, in Zeiten des Strukturwandels alle Anstrengungen zur Entwicklung neuer Perspektiven zu unternehmen. Das bedeutet z.B.:

- Wir wollen eine präventive Arbeitsmarktpolitik in dem Sinne, daß unter Beteiligung von Arbeitnehmervertretungen, Arbeitgeber, Arbeitsämter, Kammern und Verbänden betriebsbezogene Auffanglösungen entwickelt werden. Diese reichen über den Aufbau von Innovations- und Beschäftigungsgesellschaften, die Durchführung gezielter Maßnahmen zur Qualifizierung für neue Tätigkeiten, Hilfen zur Existenzgründung und die Bereitstellung von Beratungsangeboten bis hin zur Unterstützung bei der Vermittlung in den "ersten Arbeitsmarkt". Das Landesprogramm "Arbeit und Technik" dient der zukunftsträglichen Strukturveränderung in Handwerk und Mittelstand und soll, auch um die Berufschancen für Frauen zu verbessern, fortgesetzt werden.
- Wir wollen vielfältige Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten durch die optimale Nutzung aller Fördermittel der Bundesanstalt für Arbeit und des Europäischen Sozialfonds, ergänzt durch Landesmittel und Programme. Eine Verbesserung der Übergänge in den "ersten Arbeitsmarkt" wollen wir durch Förderketten erreichen, die Beschäftigung, Qualifizierung, Praktika und Beratungen miteinander verbinden.
- Wir wollen die Einrichtung von drittmittelfinanzierten "sozialen Betrieben", die sowohl von öffentlich geförderten Beschäftigungsträgern als auch von der privaten Wirtschaft getragen werden und sich z. B. bei öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen engagieren können. Örtliche Beschäftigungsgesellschaften könnten durch die Entwicklung neuer Produkte und Produktionsverfahren einen Beitrag zur Umstrukturierung der Industriegesellschaft

*Arbeit statt
Arbeitslosigkeit
finanzieren!*

*Für neue
Perspektiven*

leisten. Für diesen Bereich ist die Beratung und der Zugang zu Mitteln der Wirtschaftsförderung zu verbessern.

Diese Betriebe müssen Gleichstellungspläne entwickeln mit dem Ziel, eben so viele Frauen wie Männer zu beschäftigen.

- Wir wollen die Beschäftigung und Qualifizierung von Sozialhilfeempfängern auch mit Hilfe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Die nach dem Bundessozialhilfegesetz vorgesehenen Beschäftigungsverhältnisse, die Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern eine sozialversicherungspflichtige und tariflich entlohnte Beschäftigung ermöglichen, sollen schrittweise abgebaut werden. Der Übergang von § 19 BSHG-Arbeitsverträgen in ABM muß durch den Bund ermöglicht werden (AFG).
- Wir setzen uns dafür ein, daß Betriebe mit bremischer Beteiligung gezielt innerbetriebliche Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern ergreifen und den Anteil von ehemaligen Langzeitarbeitslosen bei den hier Beschäftigten erhöhen.

Diese arbeitsmarktpolitischen Instrumente werden nur dann dauerhaft erfolgreich die Arbeitslosigkeit bekämpfen können, wenn sie für die Schaffung und Sicherung von strukturpolitisch wichtigen und zukunftsorientierten Vernetzungen ökonomischer und ökologischer Produktionsverfahren und Dienstleistungsangebote genutzt werden.

Von der Bundesregierung fordern wir die Beendigung ihrer Kahlschlagpolitik und eine deutliche Erhöhung der Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik und ein neues Gesetz, das eine stärkere Verbindung von Arbeits- und Strukturpolitik sowie eine dezentralere Entscheidung über den Mittelleinsatz ermöglicht. Wir wollen keine untertarifliche Bezahlung in der öffentlich geförderten Arbeitsmarktpolitik.

Wir wollen darauf hinwirken, daß die gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung (Leiharbeit) verboten oder zumindest stark eingeschränkt wird, da sie die soziale Sicherung aller Arbeitnehmer gefährdet.

Arbeitslose Frauen werden wir weiterhin mit speziellen Programmen fördern, damit sie entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen an allen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik (insbesondere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) teilnehmen.

5. Neue Arbeitszeitmodelle einführen

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß auch eine erfreuliche Entwicklung der Wirtschaft nicht automatisch zu einem Ende der Massenarbeitslosigkeit führt. Wir halten verschiedene Schritte zur Verkürzung und flexibleren Gestaltung der Arbeitszeiten für erforderlich und setzen uns auf Bundesebene für ein modernes Arbeitszeitgesetz ein.

Wir unterstützen Arbeitgeber und die Vertretungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Einführung neuer Arbeitszeitmodelle zur Sicherung oder Schaffung von Arbeitsplätzen in den Betrieben sowie zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Elternschaft und Erwerbsarbeit und wollen unsere Politik für den öffentlichen Dienst in diese Richtung fortsetzen. Als Instrumente kom-

*Arbeitszeit
verkürzen und
flexibel gestalten*

men für uns z. B. sozial abgesicherte Teilzeitarbeitsplätze, eine neue Verteilung der Arbeitszeit, Arbeitszeitverkürzungen, der Abbau von Überstunden und großzügige Urlaubsregelungen für längere Pausen (Kinderbetreuung, Weiterbildung, Sabbatjahr) in Frage. Ungeschützte Arbeitsverhältnisse lehnen wir ab.

Die Organisation der Arbeit wird in Zukunft die oft ganz unterschiedlichen Erwartungen der Beschäftigten hinsichtlich der Arbeitszeit und der Art ihrer Arbeit einbeziehen. Deshalb wollen wir zu einer Reform der Arbeitsorganisation ermutigen, bei der die Beschäftigten beteiligt werden, bei der Mitbestimmung gewahrt wird und Hierarchien abgeflacht werden.

6. Ausbildung als Zukunftsinvestitionen

Bremen und Bremerhaven brauchen qualifizierte Fachkräfte, um auf Dauer wettbewerbsfähig zu bleiben. Wir fordern die Wirtschaft auf, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen; im öffentlichen Dienst und bei Unternehmen mit öffentlichen Anteilen werden wir auch in Zukunft dafür sorgen, daß eine besonders wirksame Beteiligung an der beruflichen Erstausbildung erfolgt. Wir werden Ausbildungsverbände kleinerer und mittlerer Firmen unterstützen und uns für besondere Maßnahmen für Ausbildungsabbrecher, ausländische Jugendliche und arbeitslose Jugendliche ohne Hauptschulabschluß einsetzen.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird in Absprache mit anderen SPD-geführten Ländern umgehend eine Gesetzesinitiative für ein Landesberufsbildungsgesetz auf den Weg bringen, um durch eine Umlagefinanzierung die privaten und öffentlichen Ausbildungsbetriebe finanziell zu unterstützen.

*Chancen für
junge Menschen*

7. Zukunftsorientierte Weiterbildung

Weiterbildung muß zur umfassenden Humanisierung, Modernisierung und Entfaltung der Gesellschaft beitragen. Sie ist ein bedeutender Standortfaktor im Lande Bremen und für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung unserer beiden Städte von zentraler Bedeutung. Weiterbildung stärkt die Stellung des einzelnen in Beruf und Gesellschaft, sichert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, ist unverzichtbarer Begleiter und Mitgestalter des notwendigen Strukturwandels und trägt zum sozialen Frieden bei.

Die allgemeine und die politische Weiterbildung wird ebenso wie die berufliche Weiterbildung ihren hohen Stellenwert behalten. Ihre Integration soll verbessert werden. Der Bildungsurlaub bleibt als wichtige Form der Arbeitnehmerbildung erhalten.

Wir wollen die Effizienz unseres Weiterbildungssystems z. B. durch verstärkte Kooperation, Koordination und Bündelung der Zuständigkeiten erhöhen, die Qualität durch innovative Ansätze weiter steigern und die Angebotstransparenz für die „Verbraucher“ steigern.

*Weiterbildung hat
hohen Stellenwert*

Stichwort: Modernisierung der Wirtschaft

Die Modernisierung der Wirtschaft ist die zentrale Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und für die Schaffung und Sicherung

von Arbeitsplätzen. Wir verfolgen das Ziel einer sozialen humanen und ökologischen Produktion sowie eine ausschließlich friedliche Nutzung von Wirtschaft und Technik. Strukturwandel und Beschäftigungsentwicklung einer Region sind von der nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung sowie von politischen Entscheidungen höherer Ebenen abhängig.

Wir vertreten die Interessen unseres Landes gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Union (z. B. zur Sicherung der Werften) und werden die uns verfügbaren Landesmittel und weitere Drittmittel zur Modernisierung der Wirtschaft in Bremerhaven und Bremen bereitstellen, weil wirtschaftliche Prozesse teilweise auf gezielte staatliche Aktivitäten (Beispiele: Luft- und Raumfahrtindustrie, Schiffbau, Stahl- und Kohleindustrie, Landwirtschaft und Fischerei) angewiesen sind.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik im Lande Bremen beschränkt sich nicht auf die Verbesserung der sogenannten Rahmenbedingungen. Wir werden die Instrumente der bremischen Wirtschaftsstrukturpolitik weiterentwickeln und zu einer aktiven Industriepolitik ausbauen. Nur ein Ineinandergreifen der drei Felder unserer Wirtschaftspolitik - der Investitionen zur Verbesserung der wirtschaftsbezogenen Infrastruktur, der aktiven Industriepolitik und der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik - gewährleisten den Erfolg, den wir für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Sicherung der Selbständigkeit unseres Bundeslandes erzielen wollen.

8. Die Wirtschaftskraft stärken

Wir wollen moderne Entwicklungskerne von Industrien definieren, darauf bezogene Dienstleistungen und Infrastrukturen gezielt entwickeln und zusätzliche Mittel des Bundes und auch der Europäischen Union hier binden.

*Innovative Firmen
als Motor
der Entwicklung*

Uns ist an einer Stärkung der in Bremen und Bremerhaven vorhandenen konzerngebundenen Betriebsstätten gelegen; außerdem bemühen wir uns, den Mangel an Konzernzentralen auszugleichen und zentrale Unternehmensfunktionen und Entscheidungszentralen in unser Land zu holen.

Klein- und mittelständische Unternehmen sind mit ihren innovativen Potentialen und ihrer Bedeutung für die Arbeitsplätze ein wichtiger Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir werden innovative Firmen, die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produkte und neue Umweltschutztechnologien besonders unterstützen und die Programme für Existenzgründungen und örtliche Beschäftigungsinitiativen fortsetzen. Auch weiterhin sollen gerade Frauen als Unternehmerinnen gestützt und gefördert werden.

Ein Teil des hochtechnologischen Potentials der Region ist in der wehrtechnischen Industrie gebunden. Aus technologischer Sicht und zur Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze hat die Region ein Interesse am Erhalt der technologischen Systemfähigkeit. Die notwendige Konversion zu zivilen Produkten muß in erster Linie von den Unternehmen selbst betrieben werden. Mittel des Bundes und der EU für ein Konversionsprogramm werden wir mit bremischen Mitteln binden und dementsprechend das bremische Konversionsprogramm als wichtiges industriepolitisches Pilotprojekt fortschreiben.

Der Erhalt der mit dem Schiffbau und der Schiffsreparatur verbundenen industriellen Kerne in Bremen-Nord und Bremerhaven ist für uns von zentraler Bedeutung.

Deshalb wollen wir:

- Verbesserungen der Wettbewerbsfähigkeit durch sofortige Zukunftsinvestitionen zur Modernisierung der Produktion und Weiterentwicklung der Produkte.
- den gezielten Einsatz von Forschungs- und Entwicklungsmitteln, um die verbleibende Werftenkapazität zu sichern und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.
- Sicherung von umfangreichen Ausbildungsplätzen, auch durch Koppelung mit öffentlichen Programmen.
- Aufstockung der Wettbewerbshilfe für die kommenden Jahre auf EU-Niveau.

Private Dienstleistungen bieten in Zukunft besondere Beschäftigungsperspektiven. Neben dem Messe- und Kongreßwesen werden wir insbesondere produktionsorientierte Dienstleistungen fördern und damit die Standortqualität verbessern.

Generell erwarten wir von Unternehmen, die von öffentlicher Förderung profitieren, daß sie Arbeitsplätze sichern und schaffen, gesellschaftlich und ökologisch verträgliche Produkte herstellen, familienfreundliche Arbeitszeiten verwirklichen, Frauenförderpläne aufstellen und umsetzen, das Betriebsverfassungsgesetz und die Tarifnormen beachten, die sozialen Sicherungssysteme mittragen, sich um die Einschränkung von Überstunden bemühen, sich an der Berufsausbildung beteiligen sowie am Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen fördern.

Wir werden sicherstellen, daß die Wirkungen der Fördermaßnahmen weiterhin einer ständigen Aufwands- und Ergebniskontrolle unterworfen werden. Die bisherigen Strukturen der Wirtschaftsförderung werden überprüft, um Mitnahme-Effekte zu vermeiden.

Zukunftsweisende Entwicklungsplanung bedarf der Mitwirkung aller Beteiligten. Wir werden uns für einen entsprechenden permanenten Dialog der Landesregierung zur Entwicklung einer konsensualen Struktur- und Industriepolitik einsetzen.

9. Hafen als Rückgrat der bremischen Wirtschaft

Für die wirtschaftliche Entwicklung und die Selbständigkeit des Landes Bremen ist die Hafenwirtschaft von zentraler Bedeutung. Bremerhaven und Bremen verfügen mit ihrem "Verkehrssystem Hafen" über eine ausbaufähige Position in der internationalen Verflechtung von Produktion und Verteilung von Gütern. Diese Position wollen wir im Rahmen des Ausbaus transeuropäischer Verkehrsnetze behaupten.

Wir wollen unter Beibehaltung der einheitlichen Verwaltung der Häfen in Zukunft neue Aufgaben der Produktveredelung und der Steuerung von Transportketten in die Hafenstandorte ziehen und verstärkt hafennahes Gewerbe und außenwirtschaftsbezogene Dienstleistungsunternehmen im Einzugsbereich der Häfen ansiedeln.

Hafenpolitik ist Landespolitik. Wir werden deshalb umgehend unter Einbeziehung aller Aspekte die zukünftige hoheitliche und organisatorische Form (bremische Häfen oder Landeshäfen) der Hafenpolitik festlegen. Veränderungen werden wir gegebenenfalls in einem Landeshafengesetz fassen.

*Hafenwirtschaft
von zentraler
Bedeutung
für Bremen*

Logistik ist ohne weltweite moderne Kommunikation nicht wettbewerbsfähig. Wir werden deshalb den immer bedeutenderen Bereich der Seehafenkommunikation ausbauen. Für den Hohentorshafen ist eine Freizeitnutzung zu entwickeln, begleitet von der Fortsetzung der touristischen Erschließung des linken Weserufers bis zum Weserpark.

Der Verbindung von Häfen und Leben in der Stadt dient die Nutzung von aufgegebenen Hafenumflächen für Freizeit und Tourismus. Fußläufige Verbindungen in den aktiven Hafenbereichen, die Entlastung von Wohngebieten bei der Führung von landseitigen Hafenverkehren und die städtebauliche Anpassung neuer Gebäude in Hafennähe sollen dazu ebenfalls beitragen.

*Herausragende Rolle:
Binnenschifffahrt*

Die Verlagerung von Verkehren auf umweltfreundliche Verkehrsträger ist eines der Hauptanliegen sozialdemokratischer Verkehrspolitik. Dabei kommt der Binnenschifffahrt eine herausragende Rolle zu. Insofern unterstützen wir die Planungen der Anpassungsmaßnahmen im Bereich der Mittelweser für das Großmotorschiff. Dies muß aber unter Wahrung der ökologischen Belange erfolgen. Eine weitere Vertiefung/Kanalisation der Weser darf es dafür nicht geben. Insbesondere soll das einzurichtende Verkehrsleitsystem zur Minimierung der ökologischen Eingriffe und entsprechender Reduzierung der Kosten eingesetzt werden. Die ökologische Gestaltung der Uferzonen ist für uns zwingend. Die Entwicklung und der Einsatz einer neuen Generation von Binnenschiffen, die sowohl die Leistungsfähigkeit dieses Verkehrsträgers auszubauen hilft als auch sich den bestehenden Wasserstraßen anpaßt, ist auf Bundesebene zu fördern.

Zur Weiterentwicklung des Standorts Bremerhaven ist erforderlich: Der Ausbau des Containerterminals III, die Sicherung des Automobilumschlags, ein Nutzungskonzept für die Columbuskaje und den Columbusbahnhof, die Weiterentwicklung der Überseehäfen, die Erschließung und Nutzung der durch die Verlagerung des Erzumschlags freigewordenen Hafen- und Kajeumflächen, der Ausbau der Fischereihafenschleuse sowie die weitere Umstrukturierung des Fischereihafens zu einem Industriefafen und Lebensmittelzentrum. Vom Bund erwarten wir zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Unterweserhäfen die zügige Anpassung des Fahrwassers der Außenweser auf 14,5 m. Das Carl-Schurz-Kasernengelände wollen wir u.a. für den Aufbau eines Güterverkehrszentrums und einer Anlage für den kombinierten Ladungsverkehr nutzen. Es ist sicherzustellen, daß die nötigen Hinterlandsverbindungen einschließlich des Lärmschutzes zugleich mit der CT-III-Inbetriebnahme erfolgen und nicht zu Lasten des Bremerhavener Stadthaushaltes gehen.

*Standort
Bremerhaven
weiterentwickeln*

Für die Häfen in der Stadt Bremen wollen wir vor allem den Umbau des Europahafens zu einem Nahrungs- und Genußmittelzentrum, die Nutzung des schrittweise zuzuschüttenden Überseehafens als modernes Dienstleistungs- und Distributionszentrum und die von der Deutschen Bahn AG vorzunehmende Erweiterung der Stephanie-Eisenbahnbrücke um das dritte Gleis.

Die Erweiterung der Kapazitäten für die Küstenschifffahrt im Europahafen und der Endausbau der Ostseite Becken II im Neustädter Hafen sind notwendige Projekte, die wir aller Voraussicht nach erst in der übernächsten Legislaturperiode verwirklichen können.

Ein Seehafen hat nur dann eine Überlebenschance, wenn er in eine maritime Verbundwirtschaft mit Schiffbau und Schiffsreparatur, sowie See-, Küsten- und

Binnenschifffahrt eingebettet ist. Damit Bremen wieder zum Heimathafen für global operierende Linien- und Trampreedereien wird, ist es notwendig, die Rahmenbedingungen der deutschen Seeschifffahrt nachhaltig zu verbessern. Wir werden deshalb zusammen mit den norddeutschen Küstenländern über den Bundesrat initiativ werden, um Steuersenkungen und andere Erleichterungen für Schifffahrtsunternehmen und für deutsche Seeleute zu erwirken.

10. Gewerbeflächen: Infrastrukturen für Wachstumskerne

Für den wirtschaftlichen Strukturwandel sind verfügbare Gewerbeflächen von entscheidender Bedeutung. Mit dem Technologiepark Universität haben wir ein nachahmenswertes Beispiel für den Aufbau einer modernen Infrastruktur zugunsten kleinerer, technologieorientierter Firmen gegeben. Wir wollen eine umweltverträgliche Erneuerung der Infrastruktur, die sich auf zentrale Zukunftsfelder konzentriert. Deshalb müssen die im integrierten Flächenprogramm für Gewerbe und Dienstleistung (IFP) enthaltenen Projekte zügig umgesetzt werden. Vordringlich müssen Engpaßsituationen beseitigt werden, zum Beispiel durch eine bessere Verkehrsanbindung des Weserparks und des Gewerbegebietes am Bremer Kreuz an die Autobahnen. Planungsentscheidungen und Genehmigungen sind innerhalb vorgegebener Fristen abzuschließen. Zur Erhaltung der Attraktivität Bremens für Arbeiten, Wohnen und Leben unter vergleichsweise intakten Umweltbedingungen setzen wir uns für eine ressourcenschonende Flächenpolitik ein. Der Versiegelungsgrad von Flächen muß so gering wie möglich gehalten werden. Deshalb haben für uns das Recycling und die Nutzung von Brachen, die Nutzungsintensivierung bestehender Gewerbegebiete und die Beachtung einer hohen Flächenproduktivität Vorrang.

Bei Umsiedlungswünschen von Betrieben ist grundsätzlich zu prüfen, ob dem Wunsch nach Erweiterung, Verbesserung der Produktionsbedingungen oder anderer Rahmenbedingungen am bisherigen Standort Rechnung getragen werden kann. Wir werden die Entwicklung des Gewerbeflächenverbrauchs alle zwei Jahre überprüfen und die laufenden Flächenprogramme aktualisieren.

Die Flächenbereitstellung wird sich in den kommenden Jahren vor allem auf folgende Projekte beziehen:

- Erweiterung Technologiepark Universität
- Industriepark West/AG Weser-Gelände
- Gewerbegebiet Flughafen
- Ausbau Logistikzentrum GVZ und Niedervieland II
- Gewerbepark Nord
- Promotionpark Güterbahnhof, 1. Stufe
- Gewerbe- und Dienstleistungszentrum Europahafen, 1. Stufe
- Bürostandort Vahr-Oberneuland
- Umwelttechnologiepark Hemelinger Marsch
- Lürssen-Gelände
- Grohner Kaserne und Güterbahnhofsgelände Vegesack

*Wir schaffen Platz
für Gewerbe
im Einklang
mit der Natur.*

Bei der Bereitstellung des Gewerbegebiets Hemelinger Marsch sind die von der Bremischen Bürgerschaft am 14.12.1990 beschlossenen Voraussetzungen zu erfüllen.

Es ist sicherzustellen, daß die Anbindung an die BAB vor einer Erschließung des Geländes erfolgt. Weitere Bedingung ist, daß die von uns beschlossenen Sanierungen für die Stadtteilstruktur in Hemelingen durchgeführt werden.

Für Bremerhaven kommen insbesondere folgende Gewerbegebiete in Betracht:

- Weddewarden-Ost
- Speckenbüttel
- Südlicher Fischereihafen
- Luneort

Der Verbesserung der überregionalen Verkehrsverbindungen dienen

- die Anbindung von Gewerbestandorten durch die Hafenanrandstraße, den Hemelinger Tunnel und die A 281 auch mit dem Ziel der innerörtlichen Verkehrsentslastung der Wohngebiete
- der weitere Ausbau der Dienstleistungsqualität und der Verkehrssicherheit des Flughafens gemäß unserem Konzept "Flughafen 2000"
- die Verbesserung des Eisenbahnnetzes auch für den Wirtschaftsverkehr, wie Bau eines dritten Gleises zwischen Bremen-Burg und Oslebshausen sowie Ausbau des Streckenabschnitts von Bremerhaven bis Bremen-Burg (u.a. durch Umbauten auf den Bahnhöfen, um Begegnungsverkehre zu ermöglichen)
- die bessere überregionale verkehrliche Anbindung von Bremerhaven und Bremen-Nord (von Farge Rekum bis zum Ihlpohler Kreisel). Eine gute Verbindung zum geplanten Industriepark West muß rechtzeitig geplant und umgesetzt werden.
- die Verbesserung des City-Bahn-Netzes sowie der Infrastruktur der städtischen Bahnhöfe.

11. Nutzung neuer Kommunikationstechnologien

Eine moderne Infrastruktur schließt heute den Zugang zu elektronischen Datennetzen ein. Dem Telekommunikationsmarkt werden große Wachstumschancen zugeschrieben.

Aufgrund wirtschaftlicher und persönlicher Vorteile wird sich die "digitale Revolution" nicht aufhalten lassen. Mit dem Zusammenwachsen von Telefon, Fernsehen und Computern und deren stärkerer Nutzung für den Austausch von Daten wird es einschneidende gesellschaftliche Veränderungen geben, die der politischen Steuerung bedürfen.

Das Land Bremen muß sich aufgrund seiner Einbindung in die Weltwirtschaft frühzeitig als attraktiver Standort mit guten Zugängen zu weltweiten Netzen präsentieren (Telematik/Logistik) und die hier ansässigen Unternehmen zu einem Einstieg in neue Märkte motivieren. Wir werden der Wirtschaft und insbesondere kleineren Unternehmen Hilfestellungen bei der Nutzung der neuen Möglichkeiten geben und durch eine öffentliche Auftragsstrategie (Modernisierung des Staates) eine entschiedene Innovationspolitik unterstützen.

*Wachstums -
Chancen nutzen*

12. Wissenschaft in Bremen - Forschung und Lehre sichern und ausbauen

Die Wissenschaft im Land Bremen muß jetzt umfassend gesichert werden. Nur eine alle Bereiche der Wissenschaft umfassende Hochschullandschaft wird den Bedürfnissen einer modernen und ökologischen Industriegesellschaft gerecht werden können. Die Chancen des Investitions Sonderprogramms müssen genutzt werden, um hochwertige Forschung und Lehre sowohl in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, als auch in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften zu sichern bzw. aufzubauen. Nur eine breite Ausrichtung der Wissenschaft wird auswärtige Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie wissenschaftliche Einrichtungen anziehen und damit die Zukunftsfähigkeit des Landes Bremen sichern. Bereits in der Investitionsplanung muß berücksichtigt werden, daß die zu erbringende Forschung ihren Niederschlag in der Lehre findet.

Um den Entwicklungen der letzten Jahre Rechnung zu tragen und den Anforderungen der Zukunft gerecht werden zu können, muß der Hochschulgesamtplan von 1986 durch einen neuen ersetzt werden. Weiterhin muß der Wissenschaftstransfer in den nächsten Jahren forciert werden. Profitieren sollen kleine und mittlere Unternehmen und Einrichtungen, die sich eigene Forschung bzw. Entwicklung nicht im notwendigen Umfang leisten können. Wir unterstützen auch die Kooperation der Wissenschaft mit den ArbeitnehmerInnenvertretungen im Land Bremen; Kooperation und Transfer in diesem Bereich sollte über die Landesgrenzen hinaus ausgebaut werden.

Zur Stärkung und Beschleunigung des Transfers von Forschungsergebnissen muß das Technologie-Transfer-Zentrum Bremerhaven durch den Aufbau weiterer anwendungsorientierter Institute in die Lage versetzt werden, seine Kooperation mit der örtlichen Wirtschaft zu verstärken.

*Bremen
als modernen
Hochschulstandort
ausbauen.*

13. Das Land Bremen mit dem Unterweserraum stärken

Das Land Bremen wird seine Position in Europa gegen wachsende Konkurrenz nur behaupten können, wenn Bremen und Bremerhaven ihr eigenes Gebiet sowie das des niedersächsischen Umlandes und der nordostniederländischen Provinzen als Region gemeinsamer Interessen begreifen und eine Zusammenarbeit zum allseitigen Nutzen anstreben.

Mit der Neuen Hanse Interregio (NHI) wollen wir unsere Wirtschaftsentwicklung im Europa der Regionen verbessern und auch die Fördermöglichkeiten der EU verstärkt ausschöpfen, gemeinsame Belange bei den EU-Institutionen vertreten sowie die Zusammenarbeit öffentlicher und privater Einrichtungen in Brüssel fördern. Erste NHI-Projekte zur besseren Zusammenarbeit der Arbeitsämter und zur beruflichen Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen dienen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die regionale Kooperation ist als eine entscheidende Größe für die nachhaltige Zukunftssicherung der gesamten Region zu verbessern. Das verlangt von Bremen und Bremerhaven die Bereitschaft, Infrastruktur und Dienstleistungen nicht nur am innerstädtischen Bedarf zu orientieren; beides hat sich viel-

*Wir überwinden
Grenzen in
hanseatischer
Tradition*

mehr an der Nachfrage der nordwestdeutschen Region zu bemessen und in deren Entwicklungschancen einzufügen. Von unseren niedersächsischen Nachbargemeinden und -städten erwarten wir ebenso wie vom Land Niedersachsen, daß sie an einem fairen Interessenausgleich auf kommunaler und regionaler Ebene mitwirken. In diesem Sinne wollen wir die in der nächsten Legislaturperiode anstehende Fortschreibung des IFP mit den Umlandgemeinden im Rahmen der gemeinsamen Landesplanung erörtern. So legt das Land Bremen z.B. aus hafenpolitischen Interessen Wert auf Vereinbarungen mit dem Umland in Bezug auf die Flächenordnung und -bereitstellung und strebt eine stärkere Kooperation und Abstimmung mit den Häfen im Weser-Jade-Bereich an. Wir wollen die bestehenden Kooperationsansätze der Gemeinsamen Landesplanung und der Kommunalverbände ausbauen und in diese Einrichtungen mehr Kompetenzen zur regionalen Raumordnung und der gemeinsamen Flächenplanung verlagern. Es sollte ein übergeordneter Raumordnungsverband gegründet werden, der verbindliche Planungsvorgaben für die grenzüberschreitende Raumplanung macht.

Stichwort: Modernisierung des Staates

14. Dienstleistungen bürgernah, effektiv und wirtschaftlich erbringen

Bremen und Bremerhaven brauchen als Oberzentrum ein überzeugendes bürgernahes Angebot an öffentlichen Dienstleistungen. Das "Dienstleistungsunternehmen Stadt" muß den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger durch schnelle Entscheidungen, kompetente und freundliche Beratung und Hilfestellung sowie klare Verantwortlichkeiten in verständlicher Form gerecht werden. Wir wollen die Modernisierung des Staates unter Beteiligung der Beschäftigten und im Dialog mit den Gewerkschaften voranbringen und - wo vorhanden - gesetzliche Überregulierungen, überflüssige Zentralisierungen und bürokratische Verkrustungen abbauen.

*Staatsziel:
zufriedene Bürger*

Die Verwaltung kann und muß in Zukunft nicht alle Leistungen selbst organisieren; wir legen großen Wert auf die wörtlich genommene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und das freiwillige Engagement, für das es schon viele Beispiele gibt.

Die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung sowie der Budgetverantwortung durch Behörden, der Abbau von Doppelarbeit und unnötigen Hierarchien, der forcierte Einsatz neuer Technologien und eine größere Bürgernähe sind Eckpunkte unserer Strategie zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung. Die mittelfristige Umsetzung der notwendigen Personalkosteneinsparung von 10%, von der die Polizei, die Kindertagesheime und die Wissenschaft ausdrücklich ausgenommen sind, zwingt zu neuen Organisationsformen und neuen Arbeitszeitformen, die sozialverträglich und möglichst im Einvernehmen mit den Beschäftigten gestaltet werden sollen. Vorrangig setzen wir auf Arbeitszeitreduzierungen und die Ausweitung von Teilzeitarbeitsplätzen. Sie wird sich nur dann umsetzen lassen, wenn es gelingt, die angestrebte Effizienz und Leistungsfähigkeit zu erreichen; in jedem Fall haben Leistungsvergleiche an die Stelle von Zuständigkeitsformalismus zu treten.

Neue Betriebsformen innerhalb des öffentlichen Dienstes können geeignete Wege für die Aufgabenwahrnehmung sein, wie z. B. die Entwicklung der Zentralkrankenhäuser belegt. Vor einer Entscheidung ist neben klaren politischen und ökonomischen Zielvorgaben eine genaue Bilanzierung der Vor- und Nachteile unter Berücksichtigung der Interessen der Beschäftigten vorzunehmen. Ein effektives Berichtswesen und Controlling haben eine Steuerung dieser Betriebe durch die politisch Verantwortlichen zu ermöglichen. Ob eine Aufgabe vom Staat oder von Privaten erledigt wird, ist für uns keine Frage der reinen Lehre; Voraussetzung für eine Aufgabenübertragung auf Private ist ein höheres Maß an Wirksamkeit bei gleicher Qualität der sozialstaatlichen Sicherung.

*Offen für
neue Formen*

Wir wollen auf Bundesebene ein einheitliches Personalrecht durchsetzen. Auf den Leitungsebenen ist modernes, innovatives und kreatives Management gefordert; Spitzenpositionen sind künftig auf Zeit zu vergeben.

Die europäische Gesetzgebung verlangt von Staat und Gesellschaft die betriebliche Umsetzung eines ganzheitlichen Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutzes.

Dabei soll die Eigenverantwortung der Betriebe für gesunde Arbeits- und Lebensbedingungen gestärkt und der Überwachungs- und Beratungsauftrag des Staates im Sinne einer arbeitnehmerorientierten Schutzpolitik effizienter gestaltet werden.

Entsprechende Dienstleistungsangebote müssen betriebswirtschaftlichen Grundsätzen entsprechen.

Die Motivierung und aktive Beteiligung der Beschäftigten mit ihrem Fachwissen ist eine Voraussetzung für den Erfolg der notwendigen Reformen. Wir werden uns für ein Organisationsreformabkommen mit den Interessenvertretungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einsetzen. Wir treten dafür ein, daß die Mitbestimmung erhalten und gestärkt wird. Entlassungen aus Einsparungsgründen wird es mit Sozialdemokraten nicht geben.

*Beteiligung und
Mitbestimmung*

Der öffentliche Dienst muß auch in Zukunft Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Der Reform der Ausbildung dient die Öffnung von Ausbildungsgängen für externe Studenten und die Integration der Hochschule für öffentliche Verwaltung in die Hochschule Bremen.

Die Zuständigkeiten im schienengebundenen Verkehr sind zu bündeln und einem Ressort zuzuordnen.

15. Mehr dezentrale Aufgabenwahrnehmung

Wir begreifen die angestrebte Dezentralisierung von Entscheidungskompetenz und -verantwortung als Chance für mehr Demokratie, Bürgernähe und Effizienz. Diesem Ziel dient auch die klarere Trennung der Fach- und Dienstaufsicht von den Durchführungsaufgaben sowie die Neugliederung der fachlichen und örtlichen Zuständigkeiten in den Behörden. Zur Sicherung der erwünschten Ergebnisse muß die dezentrale Kosten- und Leistungsverantwortung mit einem modernen Aufgabenmanagement und einem zentralen Controlling verbunden werden.

*Mehr Demokratie
wagen*

Denkbar ist die Verlagerung von Zuständigkeiten aus Fachämtern und Senatsressorts hin zu Bezirksämtern, die der politischen Kontrolle von Bezirksver-

sammlungen unterstellt werden. Diese würden im Rahmen des Haushalts ein bezirksbezogenes Budgetrecht erhalten. Die in den Beiräten bewährte direkte Beteiligung interessierter Bürger an der politischen Meinungsbildung wollen wir auch in der Bezirksversammlung bewahren.

In der kommenden Legislaturperiode werden wir eine solche bezirkliche Gliederung öffentlicher Aufgaben auf ihre materiellen und rechtlichen Auswirkungen hin überprüfen und abschließende Entscheidungen treffen.



III. SOZIALE SICHERHEIT, WOHNRAUM UND ZUKUNFTSCHANCEN FÜR ALLE

*Sozialpolitik ist
Gesellschaftspolitik*

Die SPD ist die Partei der sozialen Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit. Freiheit, Demokratie, innerer Frieden und Wohlstand können sich nur gut entwickeln, wenn Ausgrenzung und soziales Elend vermieden werden und alle Menschen für sich selber Zukunftschancen sehen. Deshalb ist Sozialpolitik nach sozialdemokratischem Verständnis vorausschauende, gestaltende Gesellschaftspolitik.

Wir stehen für eine staatliche Sozialpolitik, die eine aktivierende Hilfe zur Selbsthilfe und damit die Chance zur Eigenständigkeit innerhalb der Gemeinschaft bietet.

Unser Ziel ist es, die Menschen im Erwerbsalter in die Lage zu versetzen, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten und sie vom Transfereinkommen (zum Beispiel staatlich-kommunalen Leistungen) so weit wie möglich unabhängig zu stellen. Ziel des Sanierungsprogrammes ist u.a., neue Arbeitsplätze zu schaffen und bestehende zu erhalten. Ausreichende Arbeitsplätze sind der entscheidende Beitrag zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit.

Insbesondere unter den Bedingungen wachsender Armut, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot verstehen wir Sozialpolitik als Querschnittsaufgabe, die auch mit der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Finanzpolitik verzahnt werden muß und Bestandteil von Frauen-, Familien-, Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik ist.

Das Erziehungs- und Bildungssystem muß für Kinder und Jugendliche gute Entfaltungsmöglichkeiten und gleiche Zukunftschancen eröffnen. Wohnungen dürfen keine Ware sein - wir brauchen ausreichenden Wohnraum zu bezahlbaren Preisen. Wir wollen eine hohe Lebensqualität für die Älteren, Hilfen für Menschen in schwierigen Lebenssituationen und eine gute Nachbarschaft mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Bremen und Bremerhaven sind ebenso wie andere Gemeinden nicht in der Lage, alle durch die Politik der Bundesregierung produzierten sozialen Probleme und finanziellen Belastungen auszugleichen. Wir fordern von der Bundesregierung vor allem eine Erhöhung des Kindergeldes, die Einführung ei-

nes gerechten Familienleistungsausgleichs, die stärkere Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten bei den Renten und eine soziale Grundsicherung zur Verhinderung von Armut insbesondere für Frauen als Ergänzung der bestehenden Versicherungssysteme sowie die Erhöhung der Ausgleichsquote bei unzureichender Beschäftigung von Behinderten. Eine diesbezügliche Änderung werden wir über den Bundestag einbringen.

Selbsthilfegruppen im Sozial- und Gesundheitsbereich haben wichtige Anstöße für die Erweiterung und Ergänzung des öffentlichen Systems der sozialen Sicherung gegeben. Sie leisten wichtige Beiträge zur sozialen Kultur unserer Städte. Dabei werden wir sie weiter unterstützen.

*Hilfe zur
Selbsthilfe*

16. Politik für Kinder

Die Entfaltungsmöglichkeiten der Kinder sind entscheidend für die Zukunft unserer Gesellschaft. Betreuungsangebote für Kinder fördern die kindliche Entwicklung und ermöglichen Eltern die Verbindung von Familie und Beruf. Unser Ziel ist nach wie vor, für Kinder unter 3 Jahren ein bedarfsgerechtes Angebot bereitzustellen (Krabbelgruppen, Krippen- und KTH-Plätze, Tagespflegestellen oder Spielkreise). Elterninitiativen werden gefördert und finanziell unterstützt; in einzelnen Ortsteilen ist auch die zusätzliche Einrichtung von Krippenplätzen in kommunaler oder freier Trägerschaft denkbar.

*Für eine
kinderfreundliche
Gesellschaft*

Für die Kinder von 3 bis unter 6 Jahren wollen wir den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz verwirklichen. Auch durch Sanierung ist sicherzustellen, daß insbesondere in benachteiligten Ortsteilen eine ausreichende Versorgung unter Einfluß von Ganztagesplätzen realisiert wird.

Für Schulkinder im Alter von 6 bis 12 Jahren wollen wir bis 1998 eine etwa 20prozentige Versorgung durch Hortplätze, Betreuungsprojekte an Schulen und durch die "volle Halbtagschule" gewährleisten. Hier ist in Zukunft eine verstärkte Kooperation zwischen Jugend- und Bildungsressort erforderlich.

Unser Ziel ist es, das Konzept der gemeinsamen Erziehung von behinderten und nichtbehinderten Kindern weiterzuentwickeln und nach Möglichkeit auf Sondereinrichtungen zu verzichten.

Individuelle Notlagen von Kindern und Familien erfordern ein Beratungs- und Hilfsangebot zum Schutz vor Gewalt. Dazu sollen die Aktivitäten privater Hilfsorganisationen und sozialer Selbsthilfeprojekte unterstützt und mit der Arbeit der sozialen Dienste vernetzt werden.

Kinder brauchen eine Lobby. Wir wollen uns für ihre Belange auf allen Politikfeldern künftig stärker einsetzen.

17. Politik für Jugendliche

Zur Förderung der Chancengleichheit und Eröffnung einer lebenswerten Zukunft setzen wir uns ein für eine aktive Jugendpolitik, die anregt und vorhandene Impulse aufnimmt und verhindert, daß Jugendliche ausgegrenzt werden. Wir wollen übergreifende Kommunikations- und Begegnungsformen sowie Möglichkeiten für solidarisches Handeln zwischen Jugendlichen in unterschiedlichen Lebenslagen und zwischen den Generationen fördern.

Wir werden Möglichkeiten der Freizeitgestaltung fördern und Jugendorganisationen, selbstorganisierte und selbstverwaltete Projekte unterstützen.

*Ohne Jugend
keine Zukunft*

Wir wollen eine verstärkte Orientierung der Jugendarbeit auf Stadtteile und Wohnquartiere, eine Vernetzung von Jugendarbeit und Schule. Projekte aufsuchender Sozialarbeit werden vorrangig Zugänge zu von Ausgrenzung bedrohten und in Cliques organisierten Jugendlichen erschließen.

Das Problem der Arbeitslosigkeit Jugendlicher und junger Erwachsener ist nach wie vor nicht gelöst. Wir werden uns auch zukünftig für Ausbildungs- und Qualifizierungsprojekte einsetzen, um den beruflichen Integrationsprozeß zu unterstützen.

Im Rahmen bestehender Programme und Aktivitäten wollen wir gezielt Jugendarbeit und Jugendbildung sichern und gleichzeitig vorbeugend gegen Gewaltbereitschaft und Intoleranz wirken.

Wir leisten einen Beitrag zur Integration ausländischer Jugendlicher und junger Flüchtlinge.

Die Betreuung von "Lückekindern" (10 bis 14jährigen) wird in den Stadtteilen unter Einbeziehung aller Jugendeinrichtungen, Initiativen und Horte weiterentwickelt und umgesetzt werden.

Die Jugendfreizeitheime bleiben als Treffpunkte bestehen.

Die Förderung von Mädcheninitiativen, Mädchenarbeit in der Jugendbildung sowie die Sicherung von Räumen stellt einen Schwerpunkt in unserer Arbeit dar, um die Interessen der Mädchen in der Jugendarbeit durchzusetzen.

Durch Umschichtungen im Ressort sollen in der nächsten Legislaturperiode schrittweise feste Haushaltsstellen für Jugendprojekte und Einrichtungen geschaffen werden, damit die durch die Abhängigkeit von Wettmitteln gegebene Unsicherheit verringert wird.

Die Initiativen arbeitsloser Jugendlicher und junger Erwachsener im Rahmen von Bauprojekten Wohnraum für Jugendliche zu schaffen, werden weiterhin unterstützt.

18. Chancengleichheit durch umfassende schulische Bildung

Sozialdemokratische Bildungspolitik zielt auf die bestmögliche Förderung aller Kinder und Jugendlichen. Integrierte Schulen ohne Ausgrenzung ermöglichen die besondere Unterstützung von Benachteiligten und bieten gleiche Chancen für alle.

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen (knappe Haushaltsmittel, Kompromisse in der Regierungskoalition) ist uns in den letzten Jahren die Weiterentwicklung des Bremer Schulsystems gelungen: Wir haben innere Reformen in allen Schulstufen vorangebracht, Schulentwicklungsprojekte bei gleichzeitiger Organisationsentwicklung der Behörde initiiert und durch Umschichtungen im Ressorthaushalt Verstärkungen zugunsten von sozial Benachteiligten und innovativen Maßnahmen vorgenommen.

In den Empfehlungen der Schulreform-Kommission, mit der neue Entfaltungsmöglichkeiten in das Zentrum schulischer Arbeit eingebracht werden sollen, sehen wir eine Herausforderung für eine zeitgemäße und attraktive Schule.

Auf die geänderten Rahmenbedingungen von Schule heute wollen wir mit neuen pädagogischen Bemühungen und neuen inhaltlich-strukturellen Kon-

*Bestmögliche
Förderung
aller Kinder
und Jugendlichen*

zepten antworten. Hierfür werden wir die Schulen unterstützen, sich auf der Basis des novellierten Schul- und Schulverwaltungsgesetzes zu konsolidieren und sich aus sich heraus differenziert und eigenständig fortzuentwickeln.

Wir werden die Schulen besonders anregen, Konzepte zum verantwortungsbewußten und demokratischen Handeln, zur Öffnung zum Stadtteil und zu außerschulischen Kooperationspartnern und zur interkulturellen Erziehung zu entwickeln und sich verstärkt den Problemen der Koedukation und der Umwelterziehung zu widmen.

In der nächsten Legislaturperiode geht es uns vor allem um die Hilfe bei der Ausschöpfung des neuen Spielraums zur eigenständigen Schulentwicklungs- und Profilbildung:

- Im Primarbereich können Betreuungsangebote ausgebaut, die Erfahrungen mit jahrgangsübergreifenden Klassen und dem gleitenden Schulanfang vertieft werden. Weitere Schulen sollen dafür gewonnen werden.
- Kooperative und integrative Maßnahmen zwischen Sonder- und Regelschulen sollen gefördert und möglichst erweitert werden.
- Wir wollen die gleichrangige Schulversorgung der Kommunen Bremen und Bremerhaven gewährleisten.
- In der Sekundarstufe I wollen wir über die sechs integrierten Stadtteilschulen bzw. Gesamtschulen hinaus weitere Standorte ermutigen, sich in diese Richtung zu entwickeln; die Betreuungsangebote und die Öffnung der Schulen zu den Stadtteilen sollen unterstützt werden.
- In der Sekundarstufe II sollten sich die allgemeine und die berufliche Bildung stärker aufeinander beziehen (z. B. durch doppelqualifizierende Bildungsgänge). In den Berufsschulen sind die Kooperations- und Innovationsstellen im Bereich der Weiterbildung zusammen mit Kammern, Verbänden und Einzelbetrieben auszubauen.
- Die Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern muß neu organisiert und näher an die Schulen herangeführt werden.
- Für Schulen wollen wir die Mittel für die notwendige Gebäudeunterhaltung sichern.

19. Für ausreichenden Wohnraum zu bezahlbaren Mieten

Eine Wohnung ist keine Ware wie jede andere, sondern dient der Befriedigung eines sozialen Grundbedürfnisses. Wir wollen angemessenen und bezahlbaren Wohnraum auch für Menschen mit niedrigem Einkommen. Deshalb halten wir an unserem Ziel fest, im Zeitraum 1990 bis zum Jahr 2000 in Bremen 16.000 Wohneinheiten zu bauen. Bis jetzt haben wir bereits 8000 neue Wohnungen realisiert. Für Bremerhaven gilt unsere Zielzahl von 5000 neuen Wohneinheiten, wir werden den Bedarf aber vor dem Hintergrund freigewordener US-Wohnungen überprüfen.

Der Bau von Sozialwohnungen bleibt ein Schwerpunkt unserer Politik. Unter Einbeziehung öffentlicher Mittel und privater Investoren werden die Großprojekte Horn-Lehe-West, Arsten-Südwest und Borgfeld weiter vorrangig vorangetrieben. Neben der Fortsetzung des Mietwohnungsbaus soll künftig ein Förderungsschwerpunkt bei Eigentumsmaßnahmen liegen, um insbeson-

*Unsere Tradition:
"Wir schaffen
ein Dach
über dem Kopf"*

dere jungen Familien die Möglichkeit zur Eigentumsbildung zu eröffnen und Abwanderungen ins niedersächsische Umland zu vermeiden. Wir wollen ein Sonderprogramm zur Entwicklung kostengünstiger Bauformen (Stichwort: ein Haus für die junge Familien für weniger als 300.000,- DM). Hier werden u.a. auch Wohnungen von Architekten und zukünftigen Bewohnerinnen gemeinsam geplant, die auch den Interessen alleinerziehender Mütter entsprechen. Dafür muß ausreichend kostengünstiges Bauland bereitgestellt werden und Planungs- und Genehmigungszeiten müssen auf ein Minimum reduziert werden. Ihre Einhaltung wird überprüft.

Der kommunale Einfluß bei den Wohnungsbaugesellschaften muß erhalten bleiben. Wir sind gegen den Verkauf weiterer städtischer oder landeseigener Wohnungsbaugesellschaften. Auch in Zukunft unterstützen wir dagegen den Verkauf von Wohnungen an Mieter, eine wichtige Maßnahme zur Eigentumsbildung.

Wir werden uns auch künftig dafür einsetzen, daß das Wohnumfeld in Bereichen des sozialen Geschoßwohnungsbaus vorrangig in besonders benachteiligten Ortsteilen nachgebessert wird.

Wir wollen der Herausbildung einer einseitigen Sozialstruktur in Großwohnanlagen entgegenwirken. Dazu müssen durch den Bundesgesetzgeber die zum Bezug einer Sozialwohnung festgesetzten Einkommensgrenzen so an die Einkommensentwicklung angepaßt werden, daß z.B. auch Facharbeiter eine öffentlich geförderte Wohnung beziehen können. Wir sind für Projekte, die auch Personen ohne Berechtigungsschein den Bezug einer Sozialwohnung ermöglichen, wenn dafür eine nicht sozialgebundene Wohnung zu den Konditionen einer Sozialwohnung vermietet wird (Pool-Lösung). Die Höhe der Fehlbelegungsabgabe bzw. der Mietobergrenzen ist so festzusetzen, daß die Kostenmiete nicht höher ist als die vergleichbare Marktmiete. Die Mietobergrenzen sind an die Preisentwicklung im sozialen Wohnungsbau anzupassen. Wir werden eine entsprechende Gesetzesänderung über den Bundesrat einbringen.

20. Qualität des Lebens im Alter

Viele Seniorinnen und Senioren haben sich ihre Selbständigkeit bewahrt und beteiligen sich aktiv am gesellschaftlichen Leben. Die Stärkung von Gremien der älteren Generation (Seniorenvertretung, Heimbeiräte, Ältestenräte) muß ebenso wie eine Mitwirkung an der parlamentarischen Arbeit dazu beitragen, daß die Älteren selbst Einfluß auf ihre Interessenbereiche nehmen können.

Unseren erfolgreich beschrittenen Weg der Bereitstellung von erschwinglichem altersgerechten Wohnraum werden wir in Kooperation insbesondere mit dem genossenschaftlichen Wohnungsbau fortsetzen. Verstärkte Hilfen beim Umzug und Beratungen bei Wohnungsanpassungen sind erforderlich.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß mehr Kurzzeit- und Tagespflegeplätze eingerichtet werden. Das "betreute Wohnen" mit Versorgungssicherheit bei Eigenständigkeit ist auszubauen. Wir wollen die Stärkung der Hilfen zu Hause durch ein differenziertes, regionales System von Dienstleistungszentren und Hauspflege, Nachbarschaftshilfe und die Stützung von familialer und ehrenamtlicher Hilfen. In den Alten- und Pflegeheimen ist die Zahl der Einzelzimmer entsprechend dem Bedarf zu vergrößern, Zimmer mit mehr als zwei Betten werden abgeschafft. Bei der Gesundheitsversorgung älterer Menschen

*Politik für
"Ältere und Alte:
Sie haben
es verdient.*

unterstützen wir Reformprojekte wie im Zentralkrankenhaus Bremen-Nord. Die Begegnungsstätten in den Stadtteilen müssen erhalten und z. B. durch die Öffnung für "junge Alte" weiterentwickelt werden. Wir wollen eine Reform der Altenpflegeausbildung und eine geschützte Berufsbezeichnung für Altenpfleger/innen (dreijährige Mindestausbildung).

21. Versorgung im Gesundheitsbereich

Unsere Gesundheitspolitik zielt auf die Vorbeugung zur Vermeidung von Krankheiten, die Stärkung des Einzelnen zur Bewältigung gesundheitlicher Beeinträchtigungen und die Sicherung des Anspruchs von Patientinnen und Patienten auf solidarisch finanzierte, hochwertige und wirtschaftlich erbrachte Gesundheitsleistungen.

Bremen und Bremerhaven haben leistungsfähige freigemeinnützige und kommunale Krankenhäuser, in denen eine hochqualifizierte Medizin und Pflege angeboten wird. Für die Weiterentwicklung einer bedarfsgerechten Versorgung werden wir Instrumente der Qualitätssicherung schaffen. Die Erhaltung und Weiterentwicklung des medizinischen und pflegerischen Standards erfordern Investitionen, die wir im Rahmen des Möglichen realisieren wollen. Die durch neue gesetzliche Regelungen mögliche bessere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung muß insbesondere auf den Gebieten der Langzeitrehabilitation und der sozialen Frührehabilitation verstärkt werden. Die Patienten sollen durch einen hauptamtlichen Patientenvertreter unterstützt werden, der durch die Krankenkassen zu finanzieren ist.

Menschen, die in der Krankenpflege arbeiten, müssen eine Verbesserung ihrer Arbeitssituation und eine größere Anerkennung ihrer Arbeit erfahren. Diesem Ziel dienen u.a. die modellhaften Hochschulstudiengänge für Pflegepädagogik und Pflegeleitung.

Die psychiatrische Versorgung in Bremen ist bundesweit anerkannt. Wir werden uns künftig für die regionale Vernetzung der Dienste, den Einstieg in die Dezentralisierung der stationären psychiatrischen Versorgung und die Beseitigung von Defiziten in der medizinischen Rehabilitation sowie die Fortsetzung der Programme zur Enthospitalisierung für Langzeitkranke einsetzen. Gesunde Lebensbedingungen erfordern gesunde Nahrung. Die Lebensmittelüberwachung ist angesichts neuer Aufgaben zu verbessern. Dem Schutz der Gesundheit des Einzelnen dient auch die Verbesserung des Nichtraucherschutzes. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, daß gentechnisch veränderte Lebensmittel nicht auf den Markt kommen. Ferner stehen wir für eine Kennzeichnungspflicht der schon auf dem Markt befindlichen gentechnisch behandelten Lebensmitteln ein.

In Bremen ist ein vorbildliches Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst verabschiedet worden, mit dem dieser ein neues Profil erhalten kann. Besonders der Gesundheitsförderung wird zukünftig große Bedeutung zugemessen. Es wird darauf ankommen, dieses Gesetz in den kommenden Jahren mit Inhalt zu füllen.

Die Selbsthilfebewegung im Gesundheitsbereich hat sich mit ihren Initiativen zu einem sachkundigen Element der Beratung und Prävention entwickelt. Wir werden sie generell weiterhin fördern.

*Vorbeugender
Gesundheitsschutz
und hochwertige
Leistungen*

*Vorbildliches
Gesetz mit
Inhalt füllen.*

Die gesundheitliche Versorgung ist in weiten Teilen durch ein Neben- und Nacheinander sowie durch Teilinteressen der Anbieter und Finanzierer gesundheitlicher Leistungen geprägt. Diese Struktur läßt das vorhandene System zwar wirksam sein, macht es aber teurer, als es sein muß. In Zeiten knapper Kassen werden dadurch notwendige Weiterentwicklungen verhindert, zumindest erschwert. Wir setzen uns daher ein für eine regionale Gesundheitskonferenz im Lande Bremen, in der alle relevanten Beteiligten an der gesundheitlichen Versorgung sich besser abstimmen und ihre Leistungen im wohlverstandenen Sinne rationalisieren können.

22. Sport in der Gesellschaft

Der Sport ist ein bedeutender Teil des gesellschaftlichen Lebens geworden. Der Sport dient der Förderung der Gesundheit, vermittelt soziale Grunderfahrung, trägt zur Erziehung und Bildung bei und ermöglicht soziale Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Wir treten dafür ein, in die Landesverfassung die "Förderung des Sports als Staatsziel" aufzunehmen.

*Bedeutender Teil des
gesellschaftlichen
Lebens*

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht fest: Sportpolitische Ziele lassen sich nicht mehr durch eine fachlich begrenzte Sportpolitik erreichen, sondern sie erfordern die Vernetzung aller Politikbereiche. Dies gilt besonders für die finanzielle Unterstützung des Sports. Für uns in Bremen gehört die Förderung des Breiten- und Freizeitsports, des Schulsports sowie die finanzielle Unterstützung der Sportvereine zu den wichtigsten Aufgaben der Sportpolitik.

Einen wesentlichen Beitrag zur Vorbereitung auf den Breiten- und Freizeitsport kann der Schulsport leisten. Dieser ist für alle Jugendliche wichtig, für SchülerInnen an allgemeinbildenden Schulen wie für SchülerInnen an beruflichen Schulen und Berufsschulen.

Für die nächsten Jahre setzen wir folgende Schwerpunkte:

- Fortsetzung des Sportstätten-Sanierungsprogramms sowie Ausbau von Sportanlagen, einschließlich des Weser-Stadions.
- Unterstützung von Kooperationen zwischen städtischer Kinder- und Jugendarbeit, Schulsport sowie Sportvereinen.
- Gewährleistung und Ausbau der in den Stundentafeln vorgesehenen Sportstunden auch an Berufsschulen (Teilzeit- und Vollzeitunterricht).
- Erarbeitung von Rahmenbedingungen zur Weiterentwicklung der sozialen Aufgaben des Sports.
- Erhöhung der Beteiligung des Sports am Wettmittelaufkommen aus dem Spiel "Super 6".

23. Bekämpfung der Armut

Wir wollen unsere Aktivitäten zur Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenslagen in einem Programm zur Bekämpfung der Armut zusammenfassen. Es muß Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, zur Vermeidung von Obdachlosigkeit und Wohnungsnot, zur sozialen Sicherheit von Alleinerziehenden mit ihren Kindern sowie von Kinderreichen und Frauen, zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Schwerbehinderten, zur Sicherung der Lebensbedingungen von Zuwanderern sowie zur Betreuung und Pflege altersverwirrter Menschen beinhalten.

*Nicht Arme
sind eine Schande,
sondern diejenigen,
die Armut zulassen.*

Drittmittel zur Förderung von Arbeit und sozialen Projekten müssen konsequent ausgeschöpft werden. Wir halten fest an dem Ziel "Arbeit statt Sozialhilfe". Zur Stärkung der sozialen Netze und zur wirksamen Armutsbekämpfung ist eine enge Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden und Kirchen sowie Selbsthilfegruppen und Initiativen erforderlich.

Die Sicherstellung von ausreichendem Wohnraum für besonders benachteiligte Gruppen wollen wir erreichen durch den Ankauf von Häusern und das Vorhalten eines Teils von freiwerdenden Wohnungen für Wohnungsnotstandsfälle.

24. Hilfen für Behinderte

Mit der Aufnahme des Verbotes der Benachteiligung Behinderter in Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes "Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden" kommt der Behindertenpolitik eine besondere Bedeutung zu. Die Verwirklichung dieses Grundgesetzgebotes setzt eine Stärkung der Position Behinderter sowie aller anderen Menschen mit Beeinträchtigungen in allen rechtlichen und gesellschaftlichen Bereichen voraus. Damit soll die gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft - ohne Einschränkungen - gewährleistet werden. In diesem Sinne werden wir folgende Schwerpunkte setzen:

*In allen Bereichen:
Stärkung
der Position*

- Barrierefreie Gestaltung der Städte Bremen und Bremerhaven, Umrüstung Busse und Bahnen (Ausbau ÖPNV), Erhöhung des Angebotes behindertengerechter Wohnungen, Abbau baulicher Hindernisse, Errichtung behindertengerechter Toiletten im Stadtgebiet.
- Aufrechterhaltung regionaler Verbundsysteme zur Integration schwer und chronisch kranker Menschen und der Hilfen zur Integration geistig und mehrfach Behinderter.
- Integration von behinderten Kindern in Kindergärten und Schulen, Zugangsverbesserung an Hochschulen und Ausbildungsplätzen.
- Einrichtung kleinerer Arbeitseinheiten für psychisch Kranke und Bereitstellung von Arbeitsplätzen für schwer- und schwerstbehinderte Schulabgänger.
- Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Werkstätten für Behinderte durch Weiterentwicklung der Organisationsstruktur und technologische Anpassung der Fertigungsmöglichkeiten.
- Verbesserung der Eingliederungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen für Schwerbehinderte auf dem Arbeitsmarkt durch Unterstützung der gesundheitlichen und beruflichen Rehabilitation, durch Maßnahmen im Rahmen der Weiterentwicklung des Schwerbehindertenrechts und durch Anreize für beschäftigungsfördernde Initiativen (z.B. Erhöhung der Ausgleichsabgabe) mit dem Ziel, die gesetzlich vorgeschriebene Schwerbehindertenquote bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern zu erreichen und einzuhalten.

Um die Einhaltung der Schwerbehindertenquote zu befördern, streben wir auf Bundesebene eine Initiative für eine angemessene Anhebung der Ausgleichsabgabe an.

In Bremen werden wir uns verstärkt für Nachteilsausgleiche nach dem Schwerbehindertengesetz für alle Schwerbehindertengruppen einsetzen.

25. Hilfen im Drogenbereich

Wir halten an unserem im Drogenhilfeplan festgeschriebenen Gesamtkonzept der Drogenpolitik fest. Ziele sind: Abhängigkeit vermeiden, bei Abhängigkeit die gesundheitlichen und sozialen Grundbedürfnisse sichern, den Ausstieg aus der Abhängigkeit ermöglichen, den Drogenhandel bekämpfen. Wir konzentrieren uns somit auf die Vorbeugung, die suchtbegleitende Minimierung von Schaden, Ausstiegs- und Überlebenshilfen sowie Aids-Prophylaxe.

Helpen statt Strafen

Wir unterstützen Initiativen auf Bundesebene, die zu einem Abbau der Kriminalisierung von Drogenabhängigen beitragen - die Folgen der Sucht können nicht in Gefängnissen bewältigt werden. Wir halten die Strategie "Therapie statt Strafe" für den besseren Weg. Dazu dienen z. B. eine intensivere Beratung im Strafvollzug und Programme zur Vermeidung von U-Haft. Parallel zu Prävention und Betreuung werden wir die Drogenkriminalität mit repressiven Maßnahmen bekämpfen.

Wir benötigen für Drogenabhängige ausreichend Wohnraum und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie eine effektivere Betreuung für drogenabhängige Prostituierte.

Die Drogenabhängigen sind nur dort zu erreichen, wo sie sich befinden. Wir wollen eine weitere Dezentralisierung und kleinräumige Vernetzung der unterschiedlichen Hilfen, szenenahe Unterstützungen sowie die Ausgewogenheit der Angebote im innerstädtischen Bereich und in allen Stadtregionen und keine Verdrängung von Drogenabhängigen aus ihren ursprünglichen Wohnquartieren.

26. Gute Nachbarschaft mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern

Wir wollen ein gutes, nachbarschaftliches Zusammenleben mit den Bürgerinnen und Bürgern ausländischer Herkunft. Für deren soziale und rechtliche Gleichstellung sind grundlegende gesetzliche Reformen erforderlich, für die wir uns auf Bundesebene einsetzen. Deutschland ist ein Einwanderungsland ohne Einwanderungsrecht. Wir wollen im Land Bremen die Einbürgerungsverfahren beschleunigen.

*Für mehr
Miteinander*

Bürgerinnen und Bürger ausländischer Herkunft müssen angemessen an den Berufen des öffentlichen Dienstes teilhaben können und insbesondere an den Schnittpunkten der Integration sowie an Brennpunkten interkultureller Konflikte eingesetzt werden.

Die politische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten erfordert das kommunale Wahlrecht für Ausländer sowie die demokratische Wahl eines Ausländerbeirats, dessen Einrichtung und Aufgabenbestimmung einen breiten Konsens voraussetzt.

Durch schulische und soziale Hilfen insbesondere für ausländische Jugendliche muß die demokratische Integration gefördert und verhindert werden, daß nationalistische und fundamentalistische Gruppen Zulauf erhalten.

Wir werden uns stärker als bisher den älteren ausländischen Menschen zuwenden, die das Rentenalter erreicht haben und in unserem Land bleiben möchten.



IV. GLEICHSTELLUNGSPOLITIK

Gleichstellungspolitik ist für uns engagierte und parteiergreifende Politik für Frauen in der Arbeitswelt, Familie und Gesellschaft mit dem Ziel, Benachteiligungen abzubauen, Gleichberechtigung durchzusetzen und Gewalt gegen Frauen aktiv zu bekämpfen. Einen ersten Beitrag dazu haben wir mit der Verabschiedung des bremischen Landesgleichstellungsgesetzes geleistet.

27. Auf dem Arbeitsmarkt: Frauen verdienen mehr

Ausbildung, Umschulung und Fortbildung müssen Frauen ebenso zugute kommen wie Männern. Wir kämpfen gemeinsam mit den Gewerkschaften gegen Lohndiskriminierung von Frauen. Wir wollen mehr Frauen als bisher ermutigen, das Programm für Existenzgründerinnen zu nutzen und auch entsprechende europäische Förderprogramme auszuschöpfen. Bei öffentlichen Aufträgen und Subventionen wird auf die Existenz von Frauenförderprogrammen in den Betrieben geachtet. Der Wettbewerb "Frauenfreundlicher Betrieb" wird fortgesetzt.

Wir ergreifen Partei für Frauen in der Arbeitswelt, Familie und Gesellschaft

28. Kinder und Beruf: Frauen wollen beides

Mit unseren Maßnahmen zur Betreuung von Kindern schaffen wir eine wesentliche Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen und Männern an der Erwerbs- und Familienarbeit. Wir wollen Betriebe bei der Gestaltung von familienfreundlichen Arbeitszeiten unterstützen. Die Möglichkeit der Teilung von hochdotierten Funktionsstellen bleibt weiterhin eine frauenpolitische Forderung. Unser Programm zugunsten von Frauen, die nach der Erziehung der Kinder zurück in den Beruf wollen, setzen wir fort.

29. Soziale Sicherung von Frauen

Wir setzen uns auf Bundesebene für die Reform der Altersrente mit einer grundsätzlich eigenständigen existenzsichernden Rente für Frauen ein. Die Erhöhung des Kindergeldes sowie ein gerechter Familienleistungsausgleich sind ebenfalls unabdingbare Forderungen. Alleinerziehende sollen bei der Vergabe von Sozialwohnungen bevorzugt werden; für Frauen in Frauenhäusern und obdachlose Frauen soll es neue Wohnprojekte geben.

30. Gesundheit: Angebote für Frauen

Das Frauengesundheitszentrum und andere Einrichtungen mit frauenspezifischen Angeboten sollen weiterhin gefördert werden, soweit entsprechend erforderliche Leistungen nicht im Regelangebot der gesundheitlichen Versorgung integriert sind. Bei den Pflegeberufen wollen wir die Arbeitsbedingungen sowie die Qualifikations- und Aufstiegsbedingungen verbessern. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war der Aufbau des Studiengangs "Pflege" an der Hochschule Bremen.

Benachteiligungen abbauen, Gleichberechtigung durchsetzen

Wir unterstützen den von der SPD-Bundestagsfraktion vorgelegten Gesetzesentwurf zur Neuregelung des § 218.

31. Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen

Wir setzen uns ein für Hilfsangebote, damit sich Frauen in den Städten sicher bewegen können. Dazu gehören z. B. bauliche Maßnahmen im öffentlichen Raum, das Frauen-Nacht-Taxi, bewachte Frauenparkplätze in den Parkhäusern, das Angebot von Selbstverteidigungskursen für Frauen und Mädchen, Hilfen für Opfer von Gewalttaten und Zufluchtsplätze in Einrichtungen wie Frauenhäusern.

32. Solidarität mit ausländischen Frauen

Wir setzen uns für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für ausländische Frauen und Mädchen ein, damit sie sich gegen Gewalt und Diskriminierung in der Familie besser wehren können.

Zur Unterbindung des menschenverachtenden Handels mit Frauen und Mädchen müssen alle gesetzlichen Möglichkeiten endlich ausgeschöpft werden. Für Frauen und Mädchen müssen Unterstützungsmaßnahmen beim Ausstieg aus der erzwungenen Prostitution bereitgestellt werden.



V. ÖKOLOGISCHE ZUKUNFTSGESTALTUNG

Das langfristige Überleben der Menschheit ist nur möglich, wenn die Schädigung der Umwelt nicht unumkehrbar gemacht, sondern gestoppt wird. Die Entwicklung der Weltwirtschaft und die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten von Unternehmen werden zukünftig immer stärker von Umweltaspekten beeinflusst. Produktionsverfahren und Produkten, die Rohstoffe, Energie und Umwelt schonen und zur Erhaltung unserer Gesundheit beitragen, gehört die Zukunft. Wir halten an unserem dem Ganzen verpflichteten ökologischen Denken fest und setzen auf die Erhaltung und Verbesserung der hohen Lebensqualität von Bremen und Bremerhaven. Wir wollen eine Verzahnung der Wirtschafts- und Umweltpolitik.

33. Zukunftsgerechte Energieversorgung ohne Atomstrom

Wir halten am Ziel eines schnellen Ausstiegs aus der Kernenergie fest, weil Reaktorkatastrophen nicht auszuschließen sind, die Entsorgung nicht gesichert ist und die mit dem internationalen Handel von waffenfähigen Kernbrennstoffen oder dem Transport von radioaktiven Materialien verbundenen

Gefahren unvermeidbar sind. Aus diesem Grunde drängen wir auf ein generelles Verbot von Atomtransporten und in Bezug auf die bremischen Häfen auf die Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Umsetzung dieses Zieles.

*Ausstieg aus
der Kernenergie*

Ziel unserer bremischen Energiepolitik bleibt weiterhin - entsprechend den Grundsatzempfehlungen des Bremer Energiebeirats - die möglichst sparsame, umweltverträgliche, rationelle und gesamtwirtschaftlich kostengünstige Erzeugung, Verteilung und Verwendung von Energie sowie die Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 30% bis zum Jahr 2005. Der Ausbau der Nah- und Fernwärmeversorgung muß weiter forciert und vor allem im Bremer Osten und Westen vorangetrieben werden; alle neuen Wohngebiete sind mit Fernwärme zu versorgen.

Reduktion von CO₂

Das wichtigste Element einer neuen Energiepolitik ist das Einsparen von Energie, die wir auch durch die Förderung neuer Technologien auf allen Ebenen unterstützen. Die öffentliche Hand muß z. B. mit Energiesparmaßnahmen bei öffentlichen Gebäuden eine Vorbildfunktion übernehmen und mittelfristig das öffentliche Energiemanagement zusammenfassen. Wir wollen die Förderung von Technologien zur Nutzung regenerativer Energien, Windenergie, Solarenergie (z.B. solare Nahwärmeinseln) fortsetzen.

*Wichtigstes Element:
Energiesparen*

Das bremische Energiegesetz und die darin verankerten Ziele sind uns weiterhin Auftrag und Leitlinie. Wir wollen es entsprechend den neuen Erkenntnissen weiterentwickeln (z.B. Verbot elektrischer Warmwasser-Aufbereitung in Neubauten). Auf Bundesebene stehen wir zu unserer Forderung nach einer Energiesteuer.

Durch eine Politik der Vermeidung, Verlagerung und Umlenkung auf den öffentlichen Personennahverkehr soll der CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor gesenkt werden.

34. Ökologische Abfallwirtschaft

Wir setzen auf die Vermeidung, Verminderung und Wiederverwertung von Abfall und wollen eine rohstoffsparende Kreislaufwirtschaft mit einer erheblichen Reduzierung von Schadstoffen.

Abfallvermeidungsstrategien und Beratungsleistungen müssen insbesondere im gewerblichen Bereich weiterentwickelt werden. Eine kommunale Verpackungssteuer für Einweggeschirr halten wir für einen Weg zur Vermeidung von Umweltbelastungen.

Der Ausbau der getrennten Wertstoffsammlung ist auch durch eine weitere Verdichtung von Sammelbehältern insbesondere für Glas und Papier abzuschließen. Wir halten an unserer bundespolitischen Forderung der Präferenzierung von Mehrwegsystemen fest.

Mit der sich über das Jahr 1997 hinaus verschiebenden Schließung der Bremer Müllverbrennungsanlage muß den bundesgesetzlichen Vorgaben entsprechend eine neue umweltverträgliche Anlage in Betrieb genommen werden, die entschieden dem Gedanken der Abfallvermeidung Rechnung trägt und für die eine Öko-Bilanz unabdingbar ist. Wir werden dabei Kooperationsmöglichkeiten und -notwendigkeiten mit dem Umland prüfen.

In Bremerhaven sollen die Müllbeseitigungsanlage und die Zentrale Kläranlage zu Zentren der Verwertungs- und Entsorgungswirtschaft gemacht werden.

*Ziel:
rohstoffsparende
Kreislaufwirtschaft*

35. Den Stadtverkehr ökologisch gestalten

Die Zukunft unserer Städte kann nur durch einschneidende Veränderungen im Bewußtsein aller gesichert werden. Motorisierte Verkehre, die die Innenstadt nicht zwingend erreichen müssen, sollten künftig rechtzeitig mit Hilfe von intelligenten Leitsystemen gezielt zu Park-&-Ride-Plätzen an zentralen Ein- und Ausfallstraßen geführt werden.

*Mobil-
aber mit Verstand*

So zwingt uns der drohende Verkehrsinfarkt noch mehr als in der Vergangenheit im Sinne einer lebenswerten Stadt konsequent umzusteuern. Ein sogenannter "bedarfsgerechter" Straßenausbau gefährdet nicht nur die Lebensqualität, sondern auch Bremen als Wirtschaftsstandort.

Wir wollen eine stadtverträgliche Mobilität und setzen deshalb auf die Verkehrsträger des Umweltverbund (ÖPNV, Taxi, Rad und Fuß) mit einem starken ÖPNV als Rückgrat.

*Umweltverbund
hat Vorrang*

Dabei ist auch an ein System von Sammeltaxen zu denken, durch das Park- bzw. PR-Anlagen auf festen Routen mit der Innenstadt vernetzt werden.

Mit dem Bau der Linie 4 wird noch 1995 begonnen. Neben dem Abschluß der Planungen für die Verlängerung der Linien 2 und 6 werden wir die Planungen für die Verlängerung der Linie 1 bis Arsten einleiten, um auch so für die expandierenden Stadtteile links der Weser ein deutlich verbessertes ÖPNV-Angebot anzubieten.

Die VBN muß zu einem echten Verkehrsverbund entwickelt werden, in dem die unterschiedlichen Angebote des ÖPNV (Schiene, Straßenbahn und Bus) kundenfreundlich koordiniert und ausgebaut werden.

Wir wollen einen Ausbau der City-Bahn mit verdichteten Taktzeiten und setzen uns für die überfällige Sanierung der Bahnhöfe ein.

Die Menschen in unserem Land entscheiden sich schon heute zu einem großen Teil für die umweltfreundlichsten Fortbewegungsarten: mit dem Rad und zu Fuß. Dies wollen wir durch die schrittweise Sanierung des Wegenetzes, weitere Wegeverbindungen (Schließung von Netzlücken), zusätzliche Fahrradabstellanlagen und eine verbesserte Gestaltung der Straßenräume (Neuaufteilung der Verkehrsfläche) fördern.

Bis 1996 soll die flächendeckende Einführung von Tempo 30-Zonen abgeschlossen sein.

*Historische
Innenstadt aufwerten*

Mittelfristig muß die historische Bremer Innenstadt so weit wie möglich vom motorisierten Individualverkehr, insbesondere dem Durchgangsverkehr, entlastet werden. Der ruhende Verkehr muß neu geordnet und effektiv überwacht, Straßen und Plätze durch die Verlagerung von Stellplätzen in die Parkhäuser aufgewertet werden. Die Straßenbahn in der Obernstraße - von BremerInnen und BesucherInnen lieb gewonnen - bleibt erhalten.

Die Martinstraße zu untertunneln ist nicht finanzierbar, sie zu einem Boulevard umzubauen ist dagegen realistisch und sinnvoll für eine weitere Öffnung der City zur Weser.

Die Bremer SPD setzt sich für einen leistungsfähigen Verkehrsverbund ein, um zukünftig den Schienenpersonennahverkehr und den ÖPNV in der Region benutzerfreundlich und attraktiv zu organisieren. Außerdem machen wir uns dafür stark, daß Bremerhaven nicht vom Eisenbahnfernverkehr abgekoppelt wird, sondern daß die Verbindungen verbessert werden.

36. Stadtentwicklung

Bremen und Bremerhaven sind als Siedlungsgebilde weit über die Landesgrenze hinaus gewachsen. Ihre Stärkung als Wirtschaftsstandorte wollen wir ergänzen durch weitere Verbesserungen der Lebensqualität und des Wohnumfeldes ihrer Wohnbevölkerung, insbesondere durch den Schutz vor Verkehrsemissionen. Wir werden damit beginnen, in ausgewählten Stadtteilen Einwohnerparken zu installieren.

Auf allen Ebenen der Landesplanung wollen wir die kooperative Zusammenarbeit zwischen Bremen und Niedersachsen fortführen, um in Zukunft eine geordnete Siedlungsentwicklung zwischen den Oberzentren Bremen/Bremerhaven und seinem Umland zu gewährleisten.

Ziel unserer umweltorientierten Stadtentwicklung in Bremen und Bremerhaven bleibt es, eine lebenswerte Stadt für alle zu erhalten.

Die Weser bildet das Synonym für eine umweltorientierte Stadtentwicklung. Einerseits war und ist die Weser als Verkehrsweg Motor einer städtischen Entwicklung beider Städte, andererseits ist sie einer der attraktivsten Naherholungsräume unserer BürgerInnen.

Deshalb setzen sich Sozialdemokraten für die Stärkung der Flußökologie einerseits, andererseits für die Revitalisierung der alten Hafenuartiere ein. Für die bebaubaren Flächen hinter dem Deich gilt es, die günstige Verbindung von Naherholung und Wohnen verstärkt zu nutzen. Im Hohentorshafen und im Gewerbegebiet Hemelinger Hafen sind behutsame Korrekturen bei der gewerblichen und industriellen Nutzung notwendig.

Nach wie vor gilt für Sozialdemokraten, den Flächenverbrauch so gering wie möglich zu halten. So muß weiter für die außergewöhnlich erfolgreich durchgeführte Lückenbebauung im Sinne einer städtischen verdichteten Bauweise geworben werden. Industriebrachen und ungenutzte überdimensionierte Verkehrsflächen sind Beispiele für Flächen, die einer geordneten Bebauung, bzw. Gestaltung zuzuführen sind.

Neben den bereits sichtbaren Verbesserungen für die Bremer Innenstadt wie z.B. mit dem Lloyd-Hof sollen weiter alle sich durch das Sanierungsprogramm bietenden Möglichkeiten genutzt werden, um die Anziehungskraft der Innenstädte zu stärken. Hierzu hat die SPD eine Palette von Einzelmaßnahmen beschlossen wie z.B. die städtebauliche Neuordnung des Bahnhofsplatzes in Bremen, die Aufwertung der Martinistraße als Boulevard, die maritime Aufwertung der altstädtischen Weserseite, die Weiterentwicklung eines fußläufigen Wegenetzes von z.T. überdachten Passagen.

Parallel dazu müssen die Nebenzentren analog ihrer stadtteilpolitischen Bedeutung auch städtebaulich aufgewertet werden. Unsere Schwerpunkte für eine Sanierung liegen in Hemelingen und im Lindenhofviertel von Gröpelingen. Daneben setzen wir uns für eine städtebauliche Weiterentwicklung der Großwohnanlagen ein.

In Bremerhaven sind die städtebauliche Aufwertung der Innenstadt, die Verbesserung der touristischen Infrastruktur und der Umbau der Stadthalle von besonderer Bedeutung.

In Bremen-Nord sind das Lürssen-Gelände sowie die frei werdende Grohner Kaserne in Verbindung mit dem Güterbahnhofs-gelände am Bahnhof Vege-

*Unser Motto:
Bremen und
Bremerhaven
lebens-
und liebenswert
erhalten.*

sack Schwerpunkte gewerblicher und wohnungswirtschaftlicher Mischnutzung. Der neu entstehende Stadtteil wird das zentrale Stadtentwicklungsprojekt Bremen-Nords in der kommenden Legislaturperiode. Die Lage am Fluß im Bereich Bremen-Nord muß zur besonderen Förderung der Entwicklung touristischer Aktivitäten genutzt werden.

37. Naturschutz

Die besondere Verantwortung für den Naturschutz ist uns bisher Leitlinie in allen Politikfeldern gewesen. Das Land Bremen hat als Ergebnis dieser Politik 14 Naturschutzgebiete (1.280 ha) ausgewiesen und damit eine Spitzenstellung erreicht. In Zukunft sollen noch Teile des Werderlandes, das Gebiet Niedervieland III, Flächen im Bereich Brokhuchting/Strom/Warfeld, der Weserportsee und weitere Bereiche in Bremerhaven unter Naturschutz gestellt werden. Diese Maßnahmen dienen der Sicherung von Lebensräumen für Flora und Fauna, aber auch dazu, ausreichend Naherholungsräume zu sichern. Eine fachliche Betreuung der Schutzgebiete ist notwendig, um ihre Entwicklung voranzutreiben. Ohne ausreichendes Verständnis der Bremer für die Notwendigkeit der Erhaltung und Entwicklung von Naturschutzräumen ist deren Bestand gefährdet.

*Naturschutz ist
Menschenschutz*

Im Land Bremen müssen Landschaftspläne weiterentwickelt und die Landschaftsschutzverordnung aktualisiert werden.

Der Gewässerschutz behält für uns auch in den kommenden Jahren seinen hohen Stellenwert. Die Renaturierung der Unterweser ist dabei eine vordringliche Aufgabe und muß nach Abschluß der konzeptionellen Untersuchungen im Rahmen der gemeinsamen Landesplanung mit Niedersachsen sobald wie möglich angegangen werden. Für Bremen haben insbesondere die Vordeichbereiche große Bedeutung - für die Vitalisierung des Flusses ebenso wie für die Naherholungsmöglichkeiten der Menschen. Die entsprechende Stärkung der Auen- und Marschbereiche durch Bündelung verschiedener Maßnahmen bleibt unser Ziel. Korrespondierend mit Schutzmaßnahmen für Fauna und Flora muß die Frage von ausreichenden Erholungsgebieten für die Bevölkerung einbezogen werden.

Wir wollen weitere Flächen für Kleingärten ausweisen und prüfen, ob diese Flächen bei Beachtung bestimmter Kriterien auch als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Sinne des Naturschutzgesetzes angesehen werden können.



VI. INNERE SICHERHEIT UND VERFASSUNG

38. Schutz vor Kriminalität

Die Stärkung der öffentlichen Sicherheit wird ein wichtiger Schwerpunkt unserer Arbeit bleiben. Kriminalität bedroht die persönliche Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Diese erwarten zurecht, daß der Staat sie davor schützt.

Die sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ursachen von Kriminalität erfordern Vorbeugungsstrategien in vielen Politikbereichen. So sind z. B. Ausgaben für junge Menschen kein Luxus, sondern sinnvolle Investitionen nicht zuletzt zugunsten der öffentlichen Sicherheit. Probleme von Gewalt und Aggression müssen z.B. Gegenstand von Unterrichtsgestaltung, pädagogischer Sozialarbeit und Lehrerfortbildung sein, um die Fähigkeit zur friedlichen Konfliktbewältigung zu stärken.

In kommunalen Gremien der Kriminalitätsvorbeugung können Bürgerinnen und Bürger, Behörden und gesellschaftliche Institutionen bzw. Gruppen gemeinsam daran arbeiten, Antworten auf Kriminalitätsfaktoren (z.B. mangelnde Ausleuchtung von Straßen und Plätzen) zu finden und so Kriminalität zu reduzieren sowie die Betreuung der Opfer von Straftaten zu verbessern; auf diese Weise kann auch der Entwicklung von "Bürgerwehren" entgegen gesteuert werden.

Die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, der Gewaltkriminalität, insbesondere gegen Frauen, sowie der Wirtschafts- und Umweltkriminalität müssen nach unserer Ansicht im Zentrum stehen.

Die Verfolgung des Besitzes kleinerer Mengen von Drogen zum Eigenverbrauch sollte künftig nicht mehr zwingend sein, damit Polizei und Justiz gezielt gegen Dealer und organisierte Kriminelle vorgehen können.

*Öffentliche
Sicherheit
ein wichtiger
Schwerpunkt*

39. Qualität und Effektivität bei Polizei und Feuerwehr verbessern

Durch eine Reform der Polizei wollen wir erreichen, daß die Polizei gestärkt wird, im Bereich der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung qualifiziert, friedensstiftend und bürgernah mit den Mitteln eines demokratischen Rechtsstaats reagieren zu können. Die Aus- und Fortbildung werden wir verbessern; wir halten eine Fachhochschulausbildung für Polizeianwärter für erforderlich. Für Schwerpunktaufgaben, die Gewalt gegen Frauen betreffen, sollten insbesondere Polizistinnen qualifiziert und eingesetzt werden. Bei der Polizei sollen Hierarchien abgebaut, die Eigenverantwortlichkeit der Mitarbeiter gestärkt und das Binnenklima verbessert werden. Unser Ziel bleibt die Realisierung der zweigeteilten Laufbahn. Mit organisatorischen Maßnahmen sollen die Reibungsverluste im Dienstalltag abgebaut und die Dienstzufriedenheit erhöht werden.

*Für eine
bürgernahe
Polizei*

Die notwendigen Leistungsverbesserungen sind durch Qualitäts- und Effektivitätssteigerungen zu erreichen, da ein Personalzuwachs finanziell nicht darstellbar ist. Nichtpolizeiliche Aufgaben müssen von den an sich zuständigen Stellen wahrgenommen werden, angestellte Fachkräfte haben Verwaltungs- und Logistikfunktionen zu übernehmen und die Ausstattung mit modernster Informations- und Kommunikationstechnik ist erforderlich. Durch eine Erhöhung der Polizeipräsenz auf den Straßen (Fuß- und Fahrradstreifen) wollen wir der Begehung von Straftaten besser vorbeugen, sowie das allgemeine Sicherheitsgefühl stärken.

Der wasserseitige Brandschutz auf der Weser und in den Bremerhavener Häfen muß verbessert werden, wobei auch Bundesmittel mit notwendig sind. Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Polizei und auch der für den Brandschutz und den Rettungsdienst wichtigen Feuerwehr werden auch in den nächsten Jahren kontinuierliche Einstellungen nötig sein. Die Verstaatlichung der kommunalen Polizeien zu einer Landespolizei wird abgelehnt, da es keine sachliche Notwendigkeit für eine zentral geführte Landespolizei gibt.

40. Sicherung der Resozialisierung im Strafvollzug

Im Strafvollzug wollen wir sicherstellen, daß Personalabgänge durch Neueinstellungen ausgeglichen und die Beschäftigten nicht von der Entwicklung anderer Berufsgruppen abgekoppelt werden. Der gesetzlich festgelegte Resozialisierungsauftrag muß konsequent weiterverfolgt werden - jede gelungene Wiedereingliederung in die Gesellschaft bedeutet ein Stück öffentlicher Sicherheit. Soweit es kriminalpolitisch sinnvoll und vertretbar ist, wollen wir kostensenkende Maßnahmen des alternativen Strafvollzugs ausbauen. Wir streben eine Verbesserung der Erwerbs- und Verdienstmöglichkeiten der Gefangenen und der Wirtschaftlichkeit des Vollzugs unter Nutzung privatwirtschaftlich orientierter Organisationsformen an.

41. Bekämpfung des Rechtsextremismus

*Keine Chance den
"Ewig-Gestrigen"*

Wir werden den Rechtsextremismus besonders in seiner gewalttätigen Erscheinungsform weiterhin entschieden bekämpfen. Der rechte Terror stellt den demokratischen Staat insgesamt in Frage und ist ein Fall für die Strafverfolgungsbehörden. Bei neonazistischen Verbänden und Parteien drängen wir auf ein Verbot.

Den Schulen kommt bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus eine wichtige Rolle zu. Ebenso wichtig ist das von uns unterstützte Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, Minderheiten in Schutz zu nehmen und gegen Vorurteile Stellung zu beziehen.

42. Fortentwicklung von Verfassung und Rechtsstaat

Wir wollen die Reform der Landesverfassung fortsetzen. Dabei wollen wir die neueren verfassungspolitischen und verfassungsrechtlichen Erkenntnisse, insbesondere die Erfahrungen der Verfassungsgesetzgebung in den neuen Ländern, berücksichtigen.

Wir wollen den Gleichstellungsauftrag zur Förderung der tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Landesverfassung verankern, desgleichen das Benachteiligungsverbot Behinderter.

Datenschutz, Tierschutz und Sport wollen wir in die Verfassung als Staatsziele aufnehmen sowie die Einführung einer Landesverfassungsbeschwerde in unsere Überlegungen einbeziehen. Die bremische Verfassungstradition mit ihrer spezifischen Ausrichtung für soziale Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Frieden und gerichtet gegen jeglichen Ansatz totalitärer Unrechtsherrschaft ist in vollem Umfang zu erhalten.

In der nächsten Legislaturperiode werden wir gemeinsam mit den anderen im Parlament vertretenen demokratischen Parteien an der Reform des Regierungssystems arbeiten.

Wir treten ein für die Verkleinerung des Senats.

Zum Erhalt der Funktionsfähigkeit der Justiz sind wir für deren Entlastung von der Flut von Bagatelldelikten im Bereich von Ordnungswidrigkeiten und Kleinkriminalität mit Hilfe einer Rationalisierung von Verfahrensabläufen und neuer Formen der Streitbeilegung (Täter-Opfer-Ausgleich). Der Einsatz neuer Technologien und die Reorganisation der Verwaltungsabläufe muß fortgesetzt werden.

Die in der Bevölkerung anerkannte öffentliche Rechtsberatung bei den Arbeitnehmerkammern soll aufrechterhalten bleiben.

Die Abschiebebedingungen für abgelehnte Asylbewerber müssen menschenwürdig gestaltet werden.

*Für eine moderne,
bürgernahe
Verfassung*



VII. STÄRKUNG DER KULTUR IM DEMOKRATISCHEN GEMEINWESEN

Die Großstädte in den Industrienationen werden immer mehr zu Zentren technischer, wissenschaftlicher und kultureller Innovation. Ihr wirtschaftliches und soziales Wohlergehen hängt zunehmend auch von einem kulturellen Reizklima ab, indem verschiedene Begabungen angeregt und Verkrustungen des Empfindens und Denkens aufgebrochen werden. In dem kulturellen Engagement der Bürgerinnen und Bürger entfalten sich geistige und emotionale Fähigkeiten sowie Phantasie und Kreativität; in ihr bilden sich Werte, Bilder und Denkmuster heraus, die für die Zukunft unserer Demokratie von großer Bedeutung sind.

Kulturpolitik und Kulturarbeit sollen kritisches Bewußtsein fördern, zu aktiver und solidarischer Lebensgestaltung anregen sowie die persönliche und gesellschaftliche Emanzipation voranbringen.

Wir orientieren uns in der Kulturpolitik und Kulturarbeit an unseren Grundwerten und unserer Tradition. Kunst und Kultur brauchen Orte, an denen sie sich öffentlich darstellen können. Die Voraussetzungen dafür zu schaffen und

*Kunst und Kultur
prägen bremische
Identität*

Künstlerinnen und Künstler zu fördern, ist Sache der Politik. Kulturpolitik ist eine Pflichtaufgabe der öffentlichen Hand. Der Staat soll Garant kultureller Vielfalt sein.

43. Förderung der Kultur

Das kulturelle Leben in Bremen und Bremerhaven zeichnet sich durch eine Vielfalt von öffentlich und privat getragenen kulturellen Einrichtungen, Initiativen und Fördervereinen aus. Trotz der in der letzten Legislaturperiode verbesserten finanziellen Ausstattung des seit vielen Jahren sehr knapp gehaltenen Kulturbereichs ist es uns nur vereinzelt gelungen, Nachholbedarfe zu decken und außerordentliche kulturelle Leistungen zu ermöglichen.

Die oftmals falsche Gewichtung des Einsatzes öffentlicher Mittel wollen wir korrigieren. Wir werden uns auf die Erhaltung der Substanz sowie auf Investitionen und eine Verbesserung der Betriebsformen konzentrieren, die Innovation und Wirtschaftlichkeit fördern.

Unser Schwerpunkt besteht darin, die Attraktivität und Leistungssteigerung der vorhandenen Einrichtungen zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Theater und Orchester, Museen, die städtische Galerie, die Musikschulen und Bürgerhäuser sind für uns zentrale Elemente des kulturellen Angebots. Die Arbeit der klassischen Einrichtungen der Volksbildung (Volkshochschule, Stadtbibliothek) muß stabilisiert werden; dazu gehört, die zentralen Einrichtungen möglichst rasch leistungsfähiger zu machen. Bei der Neuordnung der Stadtbibliothek wollen wir uns auch weiterhin für ein dezentrales bürgernahes Angebot einsetzen.

Wir wollen die Kultureinrichtungen im Dialog dazu bewegen, ihre Profile klarer und ohne Überschneidungen herauszuarbeiten. Sie müssen unverwechselbarer werden, denn wirkliche Attraktivität entfaltet sich nur aus der Besonderheit. Dies gilt auch für die vielfältigen Einrichtungen der Soziokultur, deren Entwicklung und Qualifizierung wir vorantreiben wollen. Die Künstlerinnen und Künstler aller Sparten wollen wir durch eine Umstrukturierung der Projektmittel, wirkungsvoller fördern. Um auch auf auswärtige Besucher eine größere Anziehungskraft auszuüben, wollen wir mit den Kulturinstitutionen und Veranstaltern ein gemeinsames Marketingkonzept erarbeiten, ihre Lage und markante Eigenheit kenntlich herausstellen, ein abgestimmtes Veranstaltungsprogramm erreichen sowie den Kontakt mit Messen, Kongressen, Hotels und Großveranstaltungen herstellen.

50 Jahre nach Kriegsende und angesichts eines wieder auflebenden Rechtsextremismus ist für uns die Erinnerungsarbeit für die Opfer des NS-Terrors ein wichtiges kulturpolitisches Anliegen; entsprechende Bestrebungen wollen wir unterstützen.

44. Neue Medien und Kommunikationskultur

Unser Kommunikationssystem befindet sich durch technische und politische Veränderungen (Digitalisierung, Kommerzialisierung) in einem tiefgreifenden Wandel. Aus unserer Verantwortung für eine plurale Informationspolitik treten wir vorrangig für den Erhalt und die Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems ein.

*Substanz erhalten -
Neues wagen*

Zur Sicherung des Senders Radio Bremen streben wir eine Vorabfinanzierung durch das Gebührenaufkommen an, erwarten aber auch einen Eigenbeitrag unserer Rundfunkanstalt. Aus der Gebührenfinanzierung ergeben sich für Radio Bremen besondere Verpflichtungen zu möglichst bürgernahen Programmen und zu einer aktiven Förderung der bremischen Kultur- und Kommunikationslandschaft. Bestrebungen von Radio Bremen zu mehr Kooperationen mit regionalen Institutionen, Veranstaltern und Produzenten werden unterstützt. Dies gilt auch für die weitere Ausgestaltung der regionalen Medienszene bei neuen Frequenzvergaben (Lizensierungen) durch die Landesmedienanstalt. Lokale Filmförderung sollte wieder einen höheren Stellenwert bekommen. Die Förderung des Film- und Medienstandorts Bremen ist sowohl unter kulturellen als auch wirtschaftlichen Aspekten zu sehen. Hier ist zu beachten, daß es vielseitige Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung gibt und die Politik mehr Flexibilität und Kreativität hinsichtlich der Unterstützung aufwenden muß.

Wir wollen auch als Gegengewicht zur Konzentration von privater Medienmacht zum Aufbau einer von kommerziellen Interessen unabhängigen regionalen Kommunikationskultur beitragen. Das Programm eines Bürgerradios und -fernsehens im Rahmen der Offenen Kanäle in Bremen und Bremerhaven soll fortgeführt werden. Diese Experimentier- und Freiräume für praktische Medienerfahrungen sollen stärker als bisher in die Überlegungen für eine schulische Medienerziehung einbezogen werden.

45. Wissenschaft als Zentrum geistiger Auseinandersetzung

An den Orten der Wissenschaft findet die intensive geistige Auseinandersetzung mit der Situation und der Zukunft unserer Gesellschaft statt. Universität und Fachhochschulen des Landes Bremen sind nicht nur Stätten der Ausbildung und Standortfaktor für die Wirtschaft, sondern mit ihren Hunderten von Professoren und Zehntausenden von Studenten zugleich wesentlicher Träger der kulturellen Entwicklung.

Die Internationalisierung des Wissenschaftsbereichs fördert die Auseinandersetzung mit den sozialen, ökonomischen, kulturellen, politischen und historischen Gegebenheiten anderer Nationen. Dies verspricht zugleich einen eigenen Beitrag zur Weiterentwicklung des Landes Bremen als internationale Handelsmetropole und auch für den Dienstleistungsbereich.

Wir wünschen die Einmischung der kritischen Wissenschaft in die gesellschaftliche Auseinandersetzung. Die Potentiale des Wissenschaftsbetriebes im Lande Bremen müssen in Zukunft im Sinne eines Transfers von Erkenntnissen stärker auch für die Entwicklung und Umsetzung von Zukunftskonzepten für unsere Region genutzt werden.

*Erhalt und
Weiterentwicklung
des öffentlich-
rechtlichen
Rundfunksystems*

*Für einen Dialog mit
der Wissenschaft*



